Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 24. Mittag-Ausgabe. Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 15. Januar 1874.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

27. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 14. Januar).

11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen mit zahlreichen Commissarien.

Vom Finanzminister sind die Rechnungen über den Staatshaushalt für 1871 nebst Anlagen, Vorbericht und den Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer an das Haus gelangt. Ferner hat Abg. Statz die Sistirung des gegen den Abg. Franssen (Aachen) eingeleiteten gerichtlichen Verfahrens beantragt.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die beiden Anträge des Abg. Miquel, welche bei der Berathung des Etats der Domänen-Verwaltung gestellt, discutirt, schließlich aber an die verstärkte Agrar-Commission verwiesen wurden. Der erstere, betreffend den Verkauf und die Verpachtung von Domänen-Parzellen, um die Zahl der kleinen ländlichen Eigenthümer und Pächter zu vermehren, muß jedoch von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden, weil der Referent v. Köller nicht im Hause anwesend ist. Ueber den anderen „die Staatsregierung zu ersuchen, die Drainirung verpachteter Domänengrundstücke thunlich zu fördern und insbesondere eine Ermäßigung der Amortisationsraten für die den Pächtern behufs der Drainirung ertheilten Vorschüsse in Erwägung zu ziehen, referirt Abg. Kiepert: Die Commission ist mit den Sachverständigen der Meinung, daß die Drainage die Grundstücke nicht blos vorübergehend, sondern dauernd verbessert und ertragsfähiger macht. Da diese Melioration in Deutschland noch wenig Anklang gefunden, so ist es um so mehr Pflicht der Regierung auf ihren Domänen mit gutem Beispiel voranzugehen und den Pächtern unter möglichst günstigen Bedingungen genügende Capitalien zur Verfügung zu stellen. Es gehört viel Muth dazu, bei 5 pCt. Zinsen und 3 pCt. Amortisation zur Drainage zu schreiten, besonders auf dem rohen und uncultivirten Boden Ostpreußens und Lithauens, der erst nach 3 oder 4 Jahren eine Verbesserung zeigt. Der Herr Finanzminister hat ja selbst in seiner Rede vom 4. December v. J. eine Verminderung der Zinsen für möglich gehalten.

Abg. Mühlenbeck: Warum den Domänenpächtern ein Geschenk machen? Wird die Drainage richtig ausgeführt, so wirft sie 10 Proc. der Kapitalsanlage ab, so daß also der Pächter immer noch 2 Procent Ueberschuß erzielt. Diesen Ueberschuß vergrößern, hieß den Pächtern ein Geschenk machen. Wenn es sich auch um eine Verbesserung fiscalischer Grundstücke handelt, so genießt doch der Pächter schon selbst einen bedeutenden Nutzen dieser Anlage.

Abg. Donalies: Wenn der Staat den Pächtern die Mittel zur Drainage gewährt, so fördert er damit sein Interesse, indem er seinen Grund und Boden verbessert. Die Bedingungen, unter welchen Vorschüsse gewährt werden, sind nun nicht sehr lockend, im Gegentheil. es gehört sehr viel Muth dazu, eine solche Melioration vorzunehmen. Durch ihre Erleichterung gewinnt also nur der Staat. Ob sie an den Zinsen oder an der Amortisationsrate eintritt, ist an sich ziemlich gleichgültig. Doch erscheint eine längere Frist bei kleinerer Amortisationsquote als vortheilhafter.

Der Finanzminister: Nach den heutigen Erläuterungen habe ich keinen Anlaß dem Antrage entgegenzutreten, freilich würde die Regierung davon ausgehen müssen, daß sie sich nicht allzu ängstlich an den Wortlaut hält, sondern mehr dem beabsichtigten Sinne folgt. Denn wenn die Bedingungen auch für die schon ertheilten Vorschüsse günstiger gestellt werden sollten, würde es sich allerdings nur um ein nachträgliches Geschenk handeln; ich nehme daher an, daß man nur pro futuro günstigere Bedingungen annehmen wolle. Wenn meine Aeußerung in Betreff der Zinserleichterung angeführt wird, so muß sie im Zusammenhang der Rede verstanden werden. Ich nahm damals an, der Antrag gehe dahin, der Staat solle die Drainage selbst in die Hand nehmen. Da diese Absicht nicht vorhanden war, so muß man es immer auf den Entschluß des Pächters ankommen und die Aufmunterung nur in Erleichterung der Zins- und Amortisations-Bedingungen bestehen lassen. Es würde ein großer Irrthum sein, anzunehmen, daß der Regierung die Beförderung der Drainage nicht am Herzen liege. Sie hat aus eigener unbeeinflußter Initiative von der Seehandlung sich Gelder zu diesem Zwecke vorschießen lassen und unter damals billig befundenen Bedingungen ausgeliehen. Die Hergabe des Capitals auf 20 Jahre zu 5 Procent und 3 Procent Amortisation sind gewiß keine unbillige Bedingungen, besonders wenn man bedenkt, daß sich die Drainage in der Regel in 10 Jahren vollständig bezahlt macht, daß im günstigen Falle sogar nur 6—8 Jahre dazu gehören. Diese Bedingung haben die Neigung zur Drainage nicht nur erhalten, sondern sogar vermehrt. Im Jahre 1873 sind 166,500 Thlr. Vorschüsse verlangt worden. Die Regierung wird sich der Erwägung nicht entziehen, ob nicht im Interesse des Landes und des Fiscus die früher gestellten Bedingungen günstiger gestellt werden sollen. (Beifall.)

Abg. Miquel: Die günstigen Bedingungen sind durchaus nicht ein Geschenk für den Pächter; das Ganze ist ein Compagnie-Geschäft zwischen Pächter und Verpächter, bei welchem der letztere, weil die Drainage dauernd wirkt, einen größeren Vortheil zieht. Die früheren Verwendungen zu diesem Zwecke genügen nicht. Für die Hebung der Landescultur ist es wünschenswerth, wenn der Staat den Privatverpächtern mit gutem Beispiele vorangeht. Der Antrag soll für die schon geschlossenen contractlichen Verhältnisse nichts ändern, sondern lediglich sich auf die Zukunft beziehen.

Abg. v. Wedell-Behlingsdorf wünscht, daß die Staatsregierung in jedem einzelnen Falle mit Rücksicht auf die allgemeine Landescultur eine technische Prüfung der Drainage vornehmen lasse; der Hauptvortheil der Drainage trifft immer den Besitzer, nicht den Pächter, weil die Drainage nachhaltig wirkt. Um die Privatpacht auf diese ihnen noch nicht recht bekannte Melioration aufmerksam zu machen, muß der Staat sie möglichst auf allen Domainen fördern.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Der Pächter verdient allerdings durch die Drainage einen erheblichen Procentsatz, indessen doch nicht sofort, sondern erst nach dem dritten oder vierten Jahre; er hat diesen Gewinn aber nur für eine kurze Reihe von Jahren, während der Staat wegen der Verbesserung des Bodens eine höhere Pacht erzielen kann und so einen dauernden Vortheil hat.

Nachdem der Referent Abg. Kiepert noch constatirt hat, daß auch in der Commission die Ansicht gewesen sei, daß die günstigeren Bedingungen nur in Zukunft angewendet werden sollen, wird der Antrag des Abg. Miquel einstimmig angenommen.

Es folgt der Antrag Schmidt (Stettin): die königl. Staatsregierung aufzufordern, den Entwurf eines Gesetzes über die Auflösung des noch in Preußen bestehenden Lehnsverbandes mit thunlichster Beschleunigung vorzulegen.

Abg. Schmidt: Ich selbst wollte nicht mit einem Gesetzentwurf ein Gebiet des Rechtes betreten, das eben so dunkel ist wie das Stralsunder Stadtrecht und sehe von jeder Begründung meines Antrages ab, der ja nur die Ausführung einer Verfassungsbestimmung verlangt. Der Paragraph der Verfassung von 1848, welcher die Aufhebung des bestehenden Lehnsverbandes vorschrieb, wurde auch in der späteren Revision derselben festgehalten und stets hat die Staatsregierung ihre Verpflichtung anerkannt, ihn auszuführen. In Folge des Widerstandes gegen provinzielle Gesetzgebungen in den Berathungen von 1866 und 67 über eine Gesetzvorlage betreffend die Aufhebung des Lehnsverbandes in Pommern wurde ein Antrag angenommen, die Staatsregierung aufzufordern, auf der Aufhebung des Lehnsverbandes in den übrigen Provinzen näher zu treten. Seit jener Zeit ist eine Anzahl von Petitionen eingegangen und eine schleunige Gesetzvorlage erscheint sehr dringlich.

Geh. Justiz-Rath Herzbruch: Die Staatsregierung hat die Verpflichtung stets anerkannt, diesen Paragraphen zur Ausführung zu bringen und auch thatsächlich Schritte gethan, nämlich das Pommersche Lehngesetz von 1867. Daß auch weitere Vorlagen in Bezug auf die Nieder-Lausitz gemacht worden sind, ist bereits dem Hause mitgetheilt. In Folge der letzten Petitionen sind wieder Vorlagen ausgearbeitet worden, nämlich für die Provinzen Sachsen und Westphalen. Ich kann erklären, daß von Seiten der Staatsregierung der Annahme dieses Antrages nichts entgegensteht.

Abg. v. Gerlach will bei diesem Anlaß auf sehr Bedenkliche aufmerksam machen, die Verheißung zukünftiger Gesetze in ein Gesetz aufzunehmen und erklärt, daß eine solche Verheißung weder die Regierung noch einen andern der gesetzgebenden Factoren irgendwie verpflichten kann.

Darauf wird der Antrag des Abg. Schmidt mit großer Majorität angenommen und wendet sich das Haus nunmehr der Berathung von Petitionen zu, da die vom Abg. Hagen eingebrachten Gesetz-Entwürfe, betreffend die Heranziehung von Beamten resp. juristischen Personen und Actien-Gesellschaften zu den Communal-Abgaben wegen Abwesenheit des Antragstellers vorläufig von der Tagesordnung zurückgestellt werden müssen.

Zuvörderst kommt die bekannte Petition des Vorstehers der Stadtverordneten und 276 Wahlmänner des zweiten Landtagswahlbezirks von Berlin zur Berathung, welche das Haus ersuchen, „dafür eintreten zu wollen, daß unter Abänderung des Art. 69 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 und des Gesetzes vom 27. Juni 1860, betreffend die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten, der Stadt Berlin die ihrer Seelenzahl gebührende Vertretung im Abgeordnetenhause zu Theil werde." Sie motiviren das Gesuch durch „politische Gerechtigkeit", indem sie ausführen, daß Berlin nach seiner Seelenzahl, die bereits nach der letzten Volkszählung vom 1. December 1871: 826,341 Einwohner betragen, den Anspruch habe, statt der bisherigen neun, fünfzehn Abgeordnete in den Landtag zu senden und dieser Anspruch mit jedem Jahre seitdem gestiegen sei.

Die Commission ging davon aus, daß die durch die Verfassung festgestellte Gesammtziffer der Abgeordneten zwar mit Rücksicht auf die Bevölkerungsverhältnisse zu ertheilen ist, daß aber dies Verhältniß für die Feststellung der Wahlbezirke nicht als unbedingt maßgebend gelten darf. Sie beschloß daher dem Hause zu empfehlen über die Petition zur Tagesordnung überzugehen und lehnt auch eine motivirte Tagesordnung, die heute noch einmal als Antrag des Abgeordneten von Saucken (Tarputschen) an das Haus herantritt ab. Der Antrag lautet:

In Erwägung 1) daß durch die Einführung der deutschen Reichsverfassung die Reorganisation der Landesvertretungen der einzelnen Staaten in nicht zu langer Zeit wird in Erwägung gezogen werden müssen; 2) daß bei dieser Reorganisation ein neues Wahlgesetz für das preußische Abgeordnetenhaus nothwendig sein wird; 3) eine für einen einzelnen Bezirk berechnete Abänderung der Verfassung und des Wahlgesetzes im Sinne der Petenten zur Zeit nicht geeignet erscheint, — über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Saucken: Wir können den Petenten, unter welchen der Stadtverordnetenvorsteher und eine Anzahl sehr angesehener Bürger Berlins, eine begründete Antwort nicht versagen. Daß sie nach Lage der Gesetzgebung kein jus quaesitum auf eine größere Zahl von Abgeordneten haben, sondern daß eventuell die Verfassung selbst geändert werden müßte, sprechen sie selbst aus. Wenn nun die Einwohnerzahl allerdings nicht die positive Grundlage für die Zahl der zu wählenden Abgeordneten ist, so kann man doch nicht über diese Petition zur einfachen Tagesordnung übergehen. Den Petenten wird hauptsächlich daran liegen, zu erfahren, wann man endlich an eine Reform des Wahlgesetzes herangehen werde. Dies hat mich veranlaßt meinen Antrag zu stellen; denn Angesichts der großen Reformen durch die Gesetzgebung des Reichs ist es nicht wohlgethan, im Kleinen zu reformiren, wo es bald im Großen und Ganzen wird geschehen müssen.

Unter diese Reformen gehört besonders die einer Institution, die sich längst überlebt hat, nämlich des Herrenhauses, das weder im Volke wurzelt, noch eine Stütze der Regierung ist. Auch die Grundlage des Abgeordnetenhauses entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Wenn dieses Haus sich veranlaßt gesehen hat, an eine Reform des Wahlrechts noch nicht näher heranzutreten, so hat es damit ausgesprochen, daß es in Bezug auf die Petition es nicht für gerathen hält, diese Materie vor sein Forum zu ziehen und die Initiative der Staatsregierung in Bewegung zu setzen. Wenn wir also zur Tagesordnung übergehen, so sollen doch die Petenten aus den in meinem Antrage angeführten Gründen sich überzeugen, daß es darum geschieht, weil wir eine nur theilweise Ordnung dieser Materie nicht für gut erklären.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich kann den Antrag des Vorredners nicht billigen, zunächst wegen der Dunkelheit der unter Nr. 1 enthaltenen Erwägung, welche auch den Gedanken zuläßt, daß von Reichswegen derartige Veränderungen gemacht werden müssen. Daß eine bessere Constituirung des Herrenhauses möglich ist, leugne ich nicht, wohl aber, daß ohne ein Oberhaus ein wahrhaft constitutionelles System nicht bestehen kann. Im Uebrigen glaube ich, daß der Antrag auf motivirte Tagesordnung deshalb gestellt ist, um den Druck, den einige Herren in Folge des Votums über meinen Antrag, betreffend die Einführung directer Wahlen, empfinden, ein wenig Luft zu machen. Die zweite Erwägung ist aber nicht geeignet, den Eindruck, den jenes Votum in Deutschland gemacht hat, abzuwaschen.

Abg. Eberty spricht sich für die motivirte Tagesordnung aus, da einmal in der Verfassung die Zahl der Abgeordneten nach Maßgabe der Bevölkerungszahl festgestellt sei und der Gerechtigkeit und Billigkeit der gebührende Tribut gezahlt werden müsse.

Abg. Miquel: Ich erkenne zwar das Mißverhältniß, aus welchem die Petition hervorgegangen ist, an; allein dasselbe herrscht auch in vielen anderen Wahlkreisen, besonders in der Rheinprovinz und Westfalen. Gegenüber dem Antrage des Abgeordneten von Saucken frage ich, ob wir denn jetzt vorbereitet sind, auszusprechen, daß die Einführung der Reichsverfassung eine Reorganisation sämmtlicher Landesvertretungen erfordert. Wir haben gar keine Veranlassung, jetzt eine solche Erwägung anzustellen. Vielleicht ist es überhaupt gerathen, die Zahl der preußischen Abgeordneten auf die Hälfte zu vermindern, und der Zahl der Reichstagsabgeordneten gleichzustellen. Unterlassen wir es daher, solche Kardinalfrage jetzt zur Diskussion zu bringen.

Reg.-Commissar v. Brauchitsch: Auch ich muß den Antrag der Commission empfehlen, da der Zweck des Abgeordneten von Saucken daß nämlich die Petenten erfahren, welche Gründe der Ueberweisung der Petition an die Regierung entgegengestanden, bereits durch die Verhandlungen der Commission erreicht ist. Außerdem hat der Vorredner mit Recht hervorgehoben, daß sehr viele andere Wahlkreise nicht minder berechtigt wären, eine solche Aenderung zu beanspruchen, als Berlin.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Die Bedenken des Abgeordneten für Meppen kann ich nicht anerkennen. Er wird sich zu seiner Beruhigung überzeugen, daß die Erwägungen des Saucken'schen Antrages unter Nr. 2 mit seinem von ihm erwähnten Antrage wesentlich übereinstimmen, welcher übrigens in auffallendem Widerspruch steht mit einem Artikel, den ich vor einigen Tagen in der „Germania" allerdings unter dem Zeichen Frankreich gelesen habe, und der die gefährlichen Folgen directer Wahlen zum Inhalt hatte. Den Verweisungen auf andere in gleicher Lage befindliche Wahlkreise nun mache ich geltend, daß Berlin nicht particularistisch genug ist, um die Aenderung für sich allein zu beanspruchen, sondern dieselbe für den ganzen Staat hat veranlassen wollen. Das Auskunftsmittel gegen das Ueberhandnehmen solcher Mißverhältnisse, welches der Abg. Miquel andeutete, billige ich übrigens vollkommen, nicht aber die von der Commission ausgeführten Gründe.

Abg. v. Mallinckrodt: Die Ansicht des Vorredners, daß Berlin nicht von particularistischen Interessen geleitet worden sei, theile ich nicht und suche vielmehr in den nahen Beziehungen dieses Hauses zu Berlin den Erklärungsgrund für die Petition. Auch aus dem Commissionsbericht ersehe ich, daß nur die Stadt Berlin durch die verlangte Aenderung wesentlich gewinnen würde, insofern ein Wahlbezirk mit einer Seelenzahl von 87,000 Seelen, der nur einen Abgeordneten zu wählen hat, noch durchaus nicht in der Lage ist, sich beklagen zu können, in Berlin aber bei einer Abgeordnetenzahl schon von 10 Abgeordneten nur 82,000 Seelen auf jeden Wahlkreis kommen würden. Im Uebrigen zeigt man durch zu vieles Reden von Reorganisation, daß man das Organisiren überhaupt nicht versteht.

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Windthorst (Meppen), daß er weder die „Germania" noch ein Correspondent der „Germania" sei. Windthorst (Bielefeld) erwidert, daß er das sehr wohl wisse, den Vorredner jedoch als einen der geistigen Väter der „Germania" unbedenklich betrachten müsse. Aber auch gegen diese Vaterschaft verwahrt sich der Abgeordnete für Meppen.

Bei der Abstimmung wird die motivirte Tagesordnung abgelehnt und die einfache angenommen.

Es folgt der Bericht über eine Petition des Bahnbeamten Jähde zu Penzig. Derselbe wurde im Jahre 1872 gegen seinen Willen pensionirt und zwar, wie er behauptet, mit einer im Verhältniß zu seinem Gehalt zu geringen Pension. Seine Beschwerden an die Verwaltungsbehörden wurden mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß ihm bisher irrthümlich ein zu großer Gehalt gezahlt worden sei, und daß die Pension dem normalen Gehalt völlig entspreche. Obschon nun Petent stets ein pflichttreuer Beamter gewesen ist und, seiner Behauptung nach, die Schwächung seiner Gesundheit in Folge einer im Dienste erhaltenen Quetschung eingetreten ist, sah sich die Commission dennoch genöthigt, den Petenten auf den Rechtsweg zu verweisen und über die Petition selbst Tagesordnung zu beantragen.

Abg. Paur findet den Antrag völlig gerechtfertigt, doch müsse er erwähnen, daß die Behörden sich in diesem Falle einer übermäßigen Strenge schuldig gemacht zu haben scheinen. Dies gehe besonders daraus hervor, daß man den Petenten aus seiner Dienstwohnung exmittirt habe, obschon dieselbe nachträglich noch 2 Monate leer gestanden habe. Rücksichtlich der stets bewährten Pflichttreue des Beamten würde es gewiß angemessen sein, wenn die Regierung die Pension freiwillig erhöhe.

Geh. Rath v. Wussow constatirt, daß die Pension des Petenten völlig seinem zuletzt bezogenen Gehalte entspreche und daß jener nur darum aus der Wohnung exmittirt worden sei, weil er dieselbe ohnehin schon zu lange innegehabt habe. Die Pension zu erhöhen sei die Regierung nicht im Stande, dagegen werde sie nöthigenfalls dem Petenten anderweitige Unterstützung angedeihen lassen. Der Commissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird schließlich vom Referenten Lehfeld gerechtfertigt und vom Hause angenommen.

Es folgt die Berathung eines vom Abg. Werner gestellten Antrages auf Aufhebung der im lübischen Recht enthaltenen Bestimmung, wonach uneheliche Kinder kein Erbrecht haben. Antragsteller enthält sich weiterer Ausführungen, da die gesetzliche Barbarei dieser Bestimmung von selbst in die Augen falle. Uebrigens scheine der Antrag ja allseitigen Beifall zu finden.

Abg. Thilo hält es für unangemessen, einen einzelnen Paragraphen eines Provinzialrechts zum Gegenstande der Gesetzgebung zu machen. Das einzig Richtige wäre, Provinzialrechte wie das lübische und magdeburgische generell zu beseitigen.

Abg. Schütt würde den von dem Vorredner empfohlenen Weg lieber einschlagen, doch wäre dies vielleicht zu umständlich, darum werde er für den Antrag Werner stimmen.

Die erste Berathung ist damit erledigt und geht das Haus sofort zur zweiten über.

Wagener (Stralsund) beantragt, das Erbrecht der unehelichen Kinder im Gebiet des lübischen Rechts nach den in dem Gerichtsstande der Erbschaft geltenden allgemeinen Landesgesetzen zu regeln.

Kannegießer erklärt diesen Antrag für gänzlich überflüssig, v. Gerlach hält es für bedenklich derartige Einzelbestimmungen ganz außer dem Zusammenhange mit dem übrigen Recht zu berathen.

Schließlich stimmt das Haus den Anträgen Werner und Wagener zu.

Inzwischen ist Abg. Hagen im Hause erschienen und kommt zunächst sein Gesetzentwurf zur ersten Berathung, betreffend die Aufhebung der Bevorzugungen der Beamten hinsichtlich ihrer Theilnahme an den Kommunal- und Kreisabgaben.

Abg. Hagen erwartet für seinen Antrag diesmal ein besseres Schicksal als früher, da die damals opponirende conservative Partei fast gänzlich aus dem Hause verschwunden sei. Gerechtfertigt sei der Antrag jedenfalls, zumal jetzt, wo eine Exemption von den directen Steuern durch die zu erwartende Aufhebung der indirecten Steuern seitens der Städte doppelt schädlich sei. Besonders wünschenswerth sei eine Aenderung nach dieser Richtung hin auch darum, weil dann auch eine Aufhebung des Ausnahmezustandes der Reichsbeamten zu erwarten sei, der nach den Worten des Herrn Reichskanzlers lediglich in Rücksicht auf Preußen geschaffen worden.

Abg. Kiesel: Wenn die Beamten Communalsteuern zahlen sollen, so würde man ihnen mit der einen Hand nehmen, was man ihnen mit der andern Hand an Gehaltsaufbesserungen gewährt hat. Da die Beamten nicht besonders gut gestellt sind, würde nur eine scheinbare Gleichstellung erreicht werden.

Abg. Jüttner: Der Gesetzentwurf ist aus dem Princip der Gleichberechtigung hervorgegangen und vielleicht auch aus dem egoistischen Interesse der einzelnen Communen, die durch den Staat, zum großen Theil durch die Aufstellung des Normaletats für Lehrer, zur Erhöhung ihres Etats gezwungen sind und so alle Einnahmequellen aufsuchen müssen.

Abg. Seyffardt: In einzelnen Bezirken würde die beabsichtigte Gleichheit nicht herbeigeführt werden; in der Rheinprovinz z. B. sind die Communalsteuern so groß, daß die Versetzung eines Beamten aus den östlichen Provinzen nach der Rheinprovinz einer Strafversetzung ähnlich sehen würde.

Abg. Eberty: Die Beamten werden in der Rheinprovinz an allen Segnungen des städtischen Lebens theilnehmen und sich also nicht der Pflicht entziehen, gleich den andern Bürgern zu den Communalsteuern beizutragen. Das Privilegium muß verschwinden und eine volle Gleichheit eintreten.

Abg. Kallenbach: Die Beamten haben allerdings ein gewisses, beinahe naturgemäßes Privilegium, aber es ist ein privilegium odiosum; denn nach der Städteordnung dürfen sie z. B. nicht zu Stadtverordneten gewählt werden. Dem Beamten kann man sein Einkommen auf Heller und Pfennig nachrechnen, dem Privatmann nicht, das ist das Privilegium des letzteren. Die Unzulänglichkeit der Beamtengehälter darf nicht außer Acht gelassen werden. Man müßte, bevor nicht eine noch größere Gehaltsaufbesserung eingetreten ist, Abstand von einem solchen Gesetze nehmen, weil es in dieser Allgemeinheit der Gerechtigkeit widerspricht.

Die Berathung in einer Commission wird abgelehnt; die zweite Berathung wird also im Plenum stattfinden.

Es folgt die erste Berathung des Abg. Hagen auf Annahme des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Heranziehung der Forensen, juristischen Personen, Actien- und ähnlichen Gesellschaften zu den Communalabgaben. Die Motivirung des Antrages seitens des Antragsstellers wird durch seine Berufung auf frühere Verhandlungen über diesen Gegenstand bedeutend abgekürzt.

Abg. Lauenstein empfiehlt den Antrag zur möglichst einstimmigen Annahme, zumal derselbe geeignet sei, die bestehende Ungleichheit des Besteuerungsrechts der hannoverschen Städte gegen das der Städte in den alten Provinzen, deren gesetzliche Beseitigung vom Herrn Minister des Innern nun schon seit drei Jahren versprochen sei, einigermaßen zu beseitigen.

Abg. Hammacher beantragt, den Gesetzentwurf an die durch 7 Mitglieder verstärkte Gemeindecommission zu verweisen; es sei dies in Rücksicht auf die höchst schwierige Materie dringend geboten. Es sei auch endlich einmal an der Zeit, eine Gleichstellung der Commanditgesellschaften zu den Actiengesellschaften hinsichtlich der Besteuerung herbeizuführen, insofern erstere bisher unrechtmäßiger Weise weit günstiger gestellt waren als letztere.

Das Haus beschließt die Verweisung des Gesetzentwurfs an die durch 7 Mitglieder verstärkte Gemeindecommission.

Um 4 Uhr wird die Sitzung, der während ihrer zweiten Hälfte Vice-Präsident Dr. Friedenthal präsidirte, bis Donnerstag 11 Uhr vertagt. (3. Berathung des Civilehegesetzes. Provinzialordnung.)

Erwähnt sei noch, daß während der Sitzung ein Antrag von Bening und Gen., betr. die Entschädigung der Geistlichen für den Ausfall, den sie durch die Uebertragung der Civilstandsregister an Staats- und Gemeinde-Beamten an ihren Einnahmen erleiden, eingebracht und an die Budgetcommission verwiesen wird.

Berlin, 14. Januar. [Amtliches.] Des Kaisers und Königs Majestät hat mittelst Allerhöchster Ordre vom 10. d. Mts. den Marine-Intendanten, Geh. Admiralitäts-Rath Wandel, zum vortragenden Rath in der Admiralität ernannt und die Einreihung desselben in die Zahl der vortragenden Räthe nach Maßgabe seiner Anciennität befohlen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat dem Ober-Lazareth-Inspector a. D. Kurowski den Charakter als Rechnungs-Rath und dem Intendanten des Königlichen Theaters zu Cassel, Rittmeister a. D. von Carlshausen, die Kammerherrn-Würde verliehen.

Der bisherige commissarische Kreis-Schul-Inspector Dr. Wilhelm Dittmar in Gnesen ist zum Kreis-Schul-Inspector im Regierungsbezirk Bromberg ernannt worden. Die Berufung des Oberlehrers Zschech von der höheren Bürgerschule in Marienwerder in gleicher Eigenschaft an die Realschule zu Neumünster ist genehmigt worden. Am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Bromberg ist der Lehrer Bernhardt Schmidt als Musiklehrer angestellt worden. (Reichsanz.)

Berlin, 14. Januar. [Vom Hofe.] Se. Majestät der Kaiser und König empfingen im Laufe des heutigen Vormittags den Chef des Civil-Cabinets, Geheimen Cabinets-Rath von Wilmowski, sowie Se. Durchlaucht den Ober-Jägermeister Fürsten von Pleß.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin besuchte gestern Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin von Wales und verabschiedete Sich Abends von den Hohen englischen Gästen, nachdem dieselben bei Sr. Majestät dem Kaiser und König ihren Abschiedsbesuch gemacht hatten. — Die Kaiserin war heute in einer Gedächtnißfeier für Ihre Majestät die verwittwete Königin in der Elisabeth-Schule anwesend.

Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz begab Sich am Montag, den 12. d. Mts., Morgens 7 Uhr nach dem Lehrter Bahnhof zum Empfang Ihrer Königlichen Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin von Wales und des Prinzen Arthur von Großbritannien. Um 11 Uhr ertheilte Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit dem Königl. Kammerherrn von Kracht Audienz und empfing mit Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin um 11¼ Uhr das Gefolge der englischen Herrschaften. Um 6 Uhr nahmen die Höchsten Herrschaften an dem Diner bei Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin Theil.

Gestern begab Sich Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit Morgens 9 Uhr mit dem Prinzen von Wales und dem Prinzen Arthur von Großbritannien zur Jagd nach Königs-Wusterhausen. Abends 8 Uhr fand aus Anlaß der Anwesenheit der englischen Herrschaften ein größeres Diner im Palais statt, und um 11 Uhr gaben die Höchsten Herrschaften den Prinzlichen Gästen bei deren Weiterreise nach Rußland das Geleit nach dem Ostbahnhof.

An der gestern zu Ehren Ihrer Königlichen Hoheiten des Prinzen von Wales und des Prinzen Arthur von Großbritannien im Königs-Wusterhausen-Hammerschen Wildgehege abgehaltenen Hofjagd nahmen außer Höchstdenselben Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz und Ihre Königlichen Hoheiten die Prinzen Carl und Friedrich Carl, der Prinz August von Würtemberg und Se. Hoheit der Herzog Wilhelm von Mecklenburg Theil. Außerdem waren der Botschafter von Großbritannien und Irland, die Fürsten Salm-Dyk und Putbus, der Herzog von Ujest, der Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode und Graf Maltzan-Militsch, die Herren aus dem Gefolge der englischen Prinzen und mehrere hervorragende Persönlichkeiten von hier mit Einladungen bedacht worden. Um 9 Uhr bestiegen die Höchsten Herrschaften und die geladenen Gäste den Extrazug, trafen um 10 Uhr in Halbe ein, nahmen daselbst in den auf auf dem dortigen Bahnhof Seitens der Eisenbahn-Gesellschaft schon vor Jahren zu diesen Zwecken sehr geschmackvoll erbauten Empfangsräumen ein kleines Frühstück ein und bestiegen gegen ½11 Uhr die Jagdwagen. Um ½12 fiel der erste Schuß. Ein kleines Lappjagen auf Dammwild bildete das erste, ein Contrejagen mit der Saufindemeute das zweite Treiben. Um ½3 wurde die Jagd abgeblasen, Strecke gemacht, zum Diner nach Halbe zurackgefahren und um 5¾ Uhr traf der Extrazug wieder auf dem Görlitzer Bahnhof ein. Eine kurze Jagd, aber, wenn auch vom Wetter nicht sonderlich begünstigt, doch sehr wohl gelungen. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 14. Januar. [Der Kaiser. — Diner. — Ministerrath. — Preßgesetz.] Die Genesung des Kaisers ist mit jedem Tage in erfreulichster Weise vorgeschritten, so daß eigentlich an dem Total-Wohlbefinden Sr. Majestät keine Ausstellung mehr zu erheben ist. Das militärische Dienstjubiläum Sr. Majestät, welches am 1. Januar 1857 gefeiert wurde, veranlaßte die Gründung einer Special-Stiftung zur Unterstützung hilfsbedürftiger Krieger aus den Jahren 1813—15. Die Zinsen dieser Stiftung, im Betrage von 825 Thlr., sind am 1. Januar vertheilt und zwar auf die einzelnen Regierungs-Bezirke je nach ihren Beiträgen. — Aus Anlaß der hohen englischen Gäste am hiesigen Königshofe findet heute bei Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck ein Diner statt, dem auch der Kronprinz beiwohnt. — Unter dem Vorsitz des Fürsten findet heute ein Ministerrath statt, in welchem mehrere wichtige Vorlagen zur Erörterung kommen sollen, so u. A. diejenige über den Eröffnungstermin des Reichstages, bei welchem das preußische Ministerium speciell interessirt ist, da ja voraussichtlich eine Vertagung des Landtages eintreten muß. — In seiner Eigenschaft als Reichskanzler hat Bismarck dem Bundesrath einen Gesetzentwurf über Einrichtung und Befugnisse eines deutschen Rechnungshofes vorgelegt, welcher sich im wesentlichen an den Entwurf des Jahres 1872 anschließt. Der Justiz-Ausschuß des Bundesrathes hält jetzt fortlaufende Sitzungen und hofft man, daß derselbe in gauz kurzer Zeit dem Plenum des Bundesrathes den Bericht über das Reichspreßgesetz erstatten wird. Der von Würtemberg erhobene Einwand, die Preßgesetzgebung bis zur Regelung der deutschen Gerichtsverfassung ruhen zu lassen, wird jedenfalls beseitigt werden.

[Die päpstliche Bulle.] Die „Prov.-Corr." reproducirt den Inhalt der von der „Köln. Zeitung" mitgetheilten Bulle und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Ultramontane Organe, die „Germania" voran, haben sich beeilt, die Aechtheit der Bulle zu leugnen und gefallen sich in lang ausgesponnenen Mittheilungen, aus denen hervorgehen soll, daß ein gefälschtes Actenstück in die Oeffentlichkeit gelangt sei. Dem Einspruch geht aber jede nähere Begründung ab, während es wohl keinem Zweifel unterliegt, daß die „Kölnische Zeitung" aus zuverlässiger Quelle geschöpft hat. Ganz besonders ist darauf zu achten, daß auch die „Germania" weder das Dasein einer solchen Bulle leugnet, noch auch den Inhalt der päpstlichen Kundgebung in Abrede stellt, ja neuerdings sogar ausdrücklich anerkennt, daß es in der That schwer sei, aus inneren Gründen die Aechtheit des veröffentlichten Actenstückes zu bestreiten. Um so berechtigter erscheint es, daß man in allen politischen Kreisen von unbefangenem Urtheil die Aechtheit und Genauigkeit des in dem rheinischen Blatt enthaltenen Wortlauts nicht in Frage stellt.

„Es leuchtet ein, daß eine so wichtige Neuerung in der vaticanischen Kirche nicht ohne tiefgreifende Folgen bleiben kann. Schon jetzt ist der ernste Eindruck erkennbar, den die Maßregel auf die öffentliche Meinung, wie auf die Regierungen gemacht hat. Gerade seitdem durch das vaticanische Concil die Autorität des Papstes bis zu unbedingter Machtvollkommenheit erweitert und jede Schranke derselben im Bereiche seiner Kirche hinweggeräumt worden ist, hat die Persönlichkeit des mit solcher Gewalt ausgestatteten Kirchenfürsten eine wesentlich erhöhte Bedeutung gewonnen. Um so weniger kann es den Staaten, deren zahlreiche Mitglieder der katholischen Kirche angehören, gleichgiltig sein, wenn bei der Papstwahl die althergebrachten Formen wegfallen, in denen gewisse Bürgschaften für ein besonneneres Verhalten der Wahlberechtigten und für eine billige Rücksichtnahme auf das Einvernehmen mit den weltlichen Mächten geboten waren, und wenn an die Stelle des üblichen Verfahrens Anordnungen treten, welche den Führern eines staats- und volksfeindlichen Priesterthums das Heft in die Hand geben.

„Je entschiedener der römische Papst die Schlußfolgerungen aus dem Charakter seiner Unfehlbarkeit zieht und je rücksichtsloser er alle Einrichtungen durchbricht, welche zur Anknüpfung eines friedlichen Verhältnisses zu den weltlichen Mächten dienen konnten, um so ernstlicher tritt an die Letzteren die Mahnung heran, nachdrücklich für die Rechte des Staates und für die Gewissensfreiheit der Staatsbürger einzustehen. Namentlich ist der Politik Preußens und Deutschlands klar die Aufgabe vorgezeichnet, festen Fußes auf der betretenen Bahn zur Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche vorzuschreiten, um die Lebensentwickelung der deutschen Nation gegen Knechtung und Bevormundung von geistlicher Seite sicher zu stellen."

Sonderburg, 14. Januar. [Gerüchte.] Man schreibt den „Itzeh. Nachr.": Es coursiren hier Mittheilungen aus Berlin, die aus zuverlässiger Quelle herzurühren scheinen und endlich einmal allen Gerüchten über bevorstehende Abtretungen von Theilen Nordschleswigs an Dänemark ein officielles und gründliches Dementi geben würden. Fürst Bismarck soll nämlich über die Auslegung, welche seine Unterredung mit Herrn Krüger gefunden hat (von welcher dieser auch nur referirt hätte, was in seinen Kram paßte), sehr erbittert und daher fest entschlossen sein, den dänisch-gesinnten Bewohnern Nordschleswigs nicht blos zu documentiren, daß an Realisirung ihrer Gelüste nicht im Entferntesten gedacht werde, sondern ihnen auch zu zeigen, daß man ihrer Nergeleien und Schimpfereien satt und überdrüssig sei. Hiermit stimmt überein, daß man nächstens an den Ausbau der Festungsbatterien, welche den Sund vor dem Einlaufen feindlicher Schiffe schützen würden, gehen wird, wie auch, daß, dem Vernehmen nach, noch ein Bataillon Infanterie nach Sonderburg verlegt werden soll, in Folge dessen sogar von dem Bau einer Kaserne die Rede ist. Es sind dies lauter erfreuliche Zeichen dafür, daß jene Gerüchte rein aus der Luft gegriffen waren, aber es war in der That auch Noth, in der Art wieder etwas zu vernehmen.

Köln, 13. Januar. [Die correctionelle Kammer] des hiesigen königlichen Landgerichts verurtheilte in ihrer heutigen Sitzung drei gesperrte Geistliche wegen Vornahme geistlicher Amtsverrichtungen zu 50, 30 und 60 Thlrn. Geldbuße, eventuell 3 Wochen, 9 und 17 Tagen Haft. Eine vierte Sache wurde vertagt. Ebenso wurde eine Verhandlung gegen den Hrn. Erzbischof wegen Anstellung eines hiesigen Neopresbyters als Vicar zu Schüller im Landgerichtsbezirk Trier ausgesetzt, und zwar aus dem Grunde, weil der als Zeuge geladene Vicar Anfangs als in der Sache betheiligt den Eid, dann aber, nachdem er diesen geleistet, die Beantwortung einzelner an ihn als Zeugen gerichteten Fragen verweigerte. Gegen den Herrn Weihbischof wurde wegen Anstellung eines neugeweihten Geistlichen ohne Anzeige bei dem Ober-Präsidenten auf 200 Thlr., eventuell 2 Monat Haft erkannt.

Bonn, 11. Januar. [Ein muthiger Pastor.] Die „Kölner Volkszeitung" brachte jüngst eine Correspondenz aus dem Wahlkreise Adenau, worin sie sich über den Pastor des im genannten Kreise gelegenen Dorfes Lind lustig machte, der am 4. November v. J. gegen die Centrumspartei gestimmt und einstimmig den Canonicus Dr. Künzer in Breslau gewählt hatte. Der betreffende Geistliche erläßt darauf in der „Bonner Ztg." folgende Erklärung:

„1) Hätten wir nur Geistliche, wie Dr. Künzer und Dompropst Holzer, wir würden nicht in den gegenwärtigen trostlosen Wirrwarr hineingerathen sein; wir würden auch die Maigesetze nicht haben. 2) Die Bildung der Centrumspartei war ein gewaltiger politischer Mißgriff — zum großen Schaden für die Kirche, und wer das jetzt noch nicht einsieht (nach den Bestrafungen der Bischöfe und Priester, der Temporaliensperre, der Schließung der Seminare ꝛc. ꝛc.), der muß völlig blind sein. 3) Die Stellen der heiligen Schrift, welche zum Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit und zur Unterthanentreue (um des Gewissens willen) auffordern, sind eben so wichtig wie alle andern; sie verpflichten in demselben Maße, wie die übrigen. Bei meiner Abstimmung hat mich nur mein Gewissen geleitet."

Der Name des muthigen Pastors ist H. Pesch.

Fulda, 13. Januar. [Zur Bischofswahl.] Auch die „Fuld. Ztg." bestätigt jetzt die Nachricht von der Zurückweisung dreier Candidaten für den erledigten Bischofssitz und fügt dem die Mittheilung an, daß an die beiden übriggebliebenen Candidaten, Decane Kleespies in Orb und Kreisler in Fritzlar, Seitens der Regierung die Anfrage gerichtet worden sei, ob sie event. den neuen bischöflichen Homagialeid zu leisten bereit seien, welcher das Versprechen des Gehorsams gegen alle Staatsgesetze enthält. Das Blatt glaubt „bei der bekannten Gesinnung beider Herren, daß sie über die zu gebende Antwort nicht in Zweifel sein werden."

Frankfurt, 12. Januar. [Das Comite des Frankfurter Wahlvereins] veröffentlicht eben eine Erklärung, wonach Dr. Lasker in Frankfurt annehmen wird, wenn er hier bei der auf den 17. d. angesetzten Stichwahl die Majorität erhält. Damit zerfällt das Gerücht, Lasker habe sich für seinen Meininger Wahlkreis Sonneberg-Saalfeld entschieden, mit den Folgerungen, die wir daraus schlossen, in Nichts. Uebrigens ist jenes Gerücht keineswegs von Gegnern Lasker's ausgegangen, sondern auf zwei Telegramme seiner Sonneberger Freunde, von denen eins dem Referenten selbst vorgelegen, und welche diese Auffassung gar wohl zuließen. Die Entscheidung liegt nun bei den Social-Demokraten, die zum Theil für Sonnemann nicht stimmen können. (K. Z.)

Schweiz.

Bern, 10. Jan. [Protest.] Der Bischof von Sitten, Petrus Joseph, hat im Namen und besonderen Auftrag der vereinten Schweizer Bischöfe einen Protest gegen die vom Bundesrath verfügte Aufhebung der päpstlichen Nuntiatur an die Adresse des Bundespräsidiums und der Bundesräthe erlassen:

„Bei den tief zu beklagenden Zerwürfnissen und Conflicten, die in jüngster Zeit in mehreren Cantonen der Schweiz zwischen den Trägern der staatlichen Gewalt und den kirchlichen Oberbehörden ausgebrochen sind, hielten die Katholiken der betreffenden Diöcesen und der übrigen Schweiz, sowie an ihrer Spitze die schweizerischen Bischöfe sammt der katholischen Geistlichkeit mitten in den schmerzlichen Prüfungen immer an der Hoffnung fest, die vielen Unbilden und Gewaltmaßnahmen, die gegen ihre Kirche und die religiöse Freiheit verübt wurden, werden endlich die gebührende Zurückweisung oder wenigstens ihr non plus ultra vor den Schranken der obersten Bundesbehörde finden." — Mit diesen Worten, deren stereotype Wiederholung wir ja bei allen derartigen Producten finden, fängt der sehr ausführliche Protest an, der, anknüpfend an die Landesverweisung Mermillod's und die Absetzung der Geistlichen im Jura, auf die Entfernung des päpstlichen Nuntius übergeht und sich an das Bundespräsidium mit dem Trostgedanken wendet: „Es liegt in der Ueberzeugung, daß im Vaterlande über befangenen Lokal- und Partei-Interessen noch eine oberste unabhängige Bundesbehörde bestehe, an deren weiser Einsicht und festem Sinn für Recht und gesezliche Ordnung die Wogen unberechtigter Wirren und despotischer Maßregelungen sich endlich würden brechen müssen, und bei deren väterlicher Gesinnung die Bürger und die Völkerschaften Theilnahme im Unglück und sichern Schutz gegen Unbill und Ungebühr finden können."

Nachdem der von Mäßigung und billiger Rücksichtnahme zeugenden Haltung des Bundesrathes bei dem ausgebrochenen Conflicte volle Anerkennung ausgesprochen worden, bedauern die Bischöfe nur, „daß der gewünschte Erfolg nicht immer den Bemühungen entsprach und deswegen eine andauernde, erbitterte Befehdung der katholischen Kirche in der Schweiz schließlich dahin führen konnte, daß man bereits die völlige Unterdrückung zum Zielpunkt zu nehmen wagt, nicht einsehend, daß hiermit auch das Ende der freien Schweiz unauflöslich mitverbunden wäre."

Sehr naiv und harmlos äußert sich die Anschauung der Herren, wenn sie die Aufhebung der Nuntiatur ganz unmotivirt finden. „Wir haben in Ihrer bezüglichen Note vom 12. Decbr. an den Nuntius keinen andern Grund finden können, heißt es, als jene neulich veröffentlichte Encyklika unseres heil. Vaters Papst Pius IX. glorreichen Namens, vom 21. Nov. l. J. und zwar in ihr speciell nur jene paar Worte, in denen das Oberhaupt der katholischen Kirche den Ausdruck seiner Mißbilligung und entschiedenen Verurtheilung niedergelegt über die Verbannung des Msgr. Mermillod und die von der Genfer Behörde empfohlene schismatische Bedrängung der dortigen Katholiken und ihre Geistlichkeit!" . . . .

Uebrigens habe Pius IX. nur gethan, was alle seine Vorgänger auf dem Stuhle Petri auch gethan, fürwahr nur zum Heile der Völker. Welchen Dank schulde nicht die civilisirte Menschheit dem freien Wort der großen Päpste Leo, der Gregore, der Pius? „Und wann erst — geht es in prophetischem Tone fort — die aufgewühlten Wogen des gegenwärtigen Sturmes sich werden zur Ruhe gelegt haben, werden auch die Tage nicht ausbleiben, wo die Fürsten und Völker — vielleicht nach Prüfungen und Enttäuschungen schmerzlicher Art (die wir doch so gern unserem theueren Vaterlande erspart wünschten) — die Stimme des Vaters der Christenheit wieder mit Ehrfurcht und Ergebung hören und in der Nachachtung seiner Räthe, Warnungen und Verurtheilungen das sicherste Mittel zur Erhaltung der Ordnung und des Friedens in der menschlichen Gesellschaft erkennen werden."

„Wann wird das lange Trauerspiel für die Katholiken der Schweiz endlich ein Ende nehmen? Wann werden die Mäßigung und die Toleranz wiederkehren, unter deren Walten noch in den Tagen unserer Jugend die Eidgenossenschaft so glücklich und friedlich war?" — seufzt der Chor der Bischöfe zum Schlusse, um gleich darauf in den „Glaube, Liebe, Hoffnung" athmenden Worten, mit denen das Schriftstück schließt, Trost zu finden;

„Wie nach ausgetobtem Sturme die Strahlen der lichten Sonne durch die dunklen Wolken brechen, so werden nach diesen verhängnißvollen Crisen bessere Zeiten kommen, und auf jene glücklicheren Tage, wo das gerechte Urtheil wieder zur Geltung gelangt sein wird, legen wir diese unsere Zeugnisse und Verwahrungsschrift in das Archiv unserer vaterländischen Kirche nieder; sie möge dazu dienen, den h. Vater über die neue Schmach zu trösten, angesichts der unbegrenzten Liebe und unerschütterlichen Treue aller Bischöfe, Geistlichen und Katholiken der Schweiz, deren kindliche Gefühle wir als gerechte Sicherheit für die erlittene Unbill im Namen Aller Seiner Heiligkeit entgegenbieten; sie möge den gegenwärtigen und zukünftigen Geschlechtern als feierliche Urkunde dafür gelten: daß keine Macht auf Erden uns je scheiden kann von der Einigung des Glaubens und der Liebe, die wir nach dem Beispiele unserer Väter und Vorfahren mit dem heil. Stuhle Petri in Rom zu unterhalten entschlossen sind, daß wir vielmehr, je heftiger das Bestreben auftritt, unser religiöses Band der Einheit mit demselben zu brechen, uns um so enger und entschiedener dasselbe ziehen und bei diesem scherzlichen Anlaß auf ein Neues in die Hände des heil. Vaters Papst Pius IX. glorreichen Namen die feierliche Betheuerung niederlegen, welche in gleich stürmischen Tagen einst der heil. Hyronimus an den Papst Damasus in den Worten ausgesprochen: „Wir schließen uns Deiner Heiligkeit in Vereinigung an, denn wir wissen, daß der Herr auf diesem Felsen seine Kieche gebaut hat."

Niederlande.

Rotterdam, 9. Januar. [Zum Regierungs-Jubiläum des Königs.] Immer großartiger, schreibt man der „K. Z.", werden die Vorbereitungen zu dem 25jährigen Regierungs-Jubiläum des Königs. In Südholland sind dieser Tage die Bürgermeister der größeren Plätze zu einer Berathung zusammengetreten, um sich über ein gemeinschaftliches Vorgehen zu einigen. Die von der gesammten, die Volksschule besuchenden holländischen Jugend zusammengebrachte Summe beläuft sich auf etwa 25,000 Fl. und es ist nun die Frage, wie dieses Geld verwendet werden soll. Die orthodox-protestantische Partei, oder wie sie sich selbst am liebsten nennt, die christlich-historische Richtung, hatte zuerst versucht, in die allgemeine Einstimmigkeit, der sich dieses Mal auch die Ultramontanen unterordneten, eine Spaltung zu bringen, indem ihre Organe beweisen möchten, daß die Betheiligung an diesem Geschenke Seitens der Kinder gläubiger Protestanten die Anererkennung der confessionslosen Staatsschule einbegreife, in deren Bekämpfung die orthodoxe Partei gegenwärtig den Schwerpunkt ihrer Polemik gelegt hat. Nachgerade scheint man aber auch hier zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß es sehr wenig constitutionellen Tact verräth, die Person des Monarchen in dieser Weise in die Parteikämpfe zu verflechten. Die Sache ist nunmehr denn auch beigelegt und nicht selten kommt es vor, daß ein katholischer, protestantischer und jüdischer Lehrer friedlich in demselben Comitee zusammensitzen.

[Parlamentarisches.] In Guado fand dieser Tage eine Ersatzwahl zur zweiten Kammer Statt, die in mehr als einer Beziehung von hoher Bedeutung ist. Jede Partei hatte dieses Mal einen besonderen Candidaten aufgestellt und das Resultat ist in diesem Wahlbezirk, den die Conservativen seit zwanzig Jahren in ihrem unbestrittenen Besitz hatten, daß zwischen dem liberalen Candidaten, der die meisten Stimmen erhielt, und dem Vertreter der christlich-historischen Richtung eine engere Wahl Statt finden muß. Die Conservativen erlitten eine gänzliche Niederlage; ihr Candidat brachte es nicht einmal auf 200 Stimmen, während über 2000 abgegeben wurden, und zu welcher Kraft die clericale Partei in den letzten Jahren in diesem Wahldistrict sich entwickelt hat, beweist der Umstand, daß ihr Candidat, der frühere Minister Heemskerk, über 400 Stimmen erhielt. Mit Sicherheit kann daraus das Fiasco der conservativen Partei constatirt werden, die seit ihrer Verschmelzung mit den Clericalen das Vertrauen des größten Theiles des Volks verloren hat, obgleich ihre Organe, besonders das „Dagblad", nicht müde werden, bei jeder Gelegenheit zu versichern, daß sie eigentlich der wahre Ausdruck der Volksstimmung seien.

Dänemark.

Kopenhagen, 10. Januar. [Die vorgestrige erste Behandlung des Heergesetzes] anläßlich, welcher mehrere zur Sache gehörige interessante Auslassungen hervortraten, offenbarte ebenfalls die von der Linken vorläufig eingeschlagene Taktik, welche darin besteht, daß sie sich — in Schweigen hüllt und schweigend möglichst rücksichtslos bei den Abstimmungen verfährt. Von ihrem Standpunkte ist das ohne Zweifel ganz klug. Diese Taktik, schreibt man den „H. Nachr.", ist jedoch wahrscheinlich nur „vorläufig". Eine allgemeine Parteiversammlung soll nämlich noch nicht Statt gefunden haben, waktet vielmehr auf die Ankunft Krabbe's. Erst nach seiner Ankunft wird die Linke also wohl erst die Lage berathen und rücksichtlich der definitiv einzuschlagenden Taktik schlüssig werden.

[Preußische Heu- und Strohkäufe in Jütland.] Man schreibt der „K. Z." von hier: Einige Fourageankäufe, welche durch preußische Intendanturbeamten in Jütland gemacht sind, haben verschiedene unserer Zeitungen, namentlich die in Aarhaus erscheinende Jyllandspost, in Alarm gesetzt. Was kann das zu bedeuten haben? fragt man ängstlich, und statt sich darüber zu erfreuen, daß einige jütische Bauern gute Preise für ihre Erzeugnisse erzielen, wittert man Verrath hinter diesem einfachen Vorgange. Nun, die guten Leute können sich beruhigen, denn wenn Preußen einen Einfall in Jütland beabsichtigte und sich zu diesem gewaltigen Unternehmen vorbereitete, so würde es schwerlich die nöthigen Vorräthe einem Lande entnehmen, das es zu überfallen gedenkt, weil es doch gewiß einfacher wäre, jene Sachen an Ort und Stelle zu verzehren. Wenn also eine solche Annahme aus manchen Gründen absurd ist, was in aller Welt kümmert es denn die dänische Presse, wo Preußen sein Heu und Stroh kauft, oder will man vielleicht ein Ausfuhrverbot auf diese Gegenstände erzielen, um dem bösen Nachbar im Süden dadurch die Verpflegung seiner Truppen zu erschweren? Es ist wirklich nicht leicht, den Grund der Erregung über diese Angelegenheit zu finden.

[Das gesammte Nationalvermögen Dänemarks] beläuft sich, nach einer Berechnung des Chefs im statistischen Bureau, Falbe Hansen, auf etwas über 2 Milliarden Rigsdaler.

Rußland.

≏ **Petersburg**, 11. Januar. [Schulze-Delitzsch' Princip und unsere ländlichen Hilfskassen.] In Anbetracht der großen Hungersnoth, die jetzt in fünf Kreisen des Gouvernements Samara herrscht, dürfte die Frage nicht unwesentlich erscheinen, ob die Bauerschaft in Rußland auch Sinn hätte, in guten Jahren zu sparen und für sich selbst zu sorgen. Bei der Hungersnoth in Samara haben allerdings mehrere Ursachen zusammengewirkt; dann ist es bei einem so ausgedehnten Reiche, wie Rußland vielleicht auch nicht einmal möglich, daß die Bedingungen, die eine gute Ernte bewirken, unter den vielfachen Himmelsstrichen gleichmäßig vorwalten. Zwischen Archangel und Tiflis, zwischen Warschau und Kamtschatka kann unmöglich zu derselben Zeit gleich gute Ernte stattfinden, sowie auch im Jahre 1873

neben dem Mißwachs in Samara, mehreren mangelhaften Ernte-Aussichten in Cherson und am Don, in anderen Gegenden ganz vorzügliche Ausbeute an Korn gewonnen ist. — Als das wichtigste Mittel der bäuerlichen Selbsthilfe erscheinen die ländlichen Hilfs- und Darlehnskassen, welche seit 1866 bei unseren Landleuten in Aufnahme gekommen sind. Die erste ländliche Darlehns- und Hilfskasse wurde am 1. August 1866 im Dorfe Roschdestwenskoje, im Kreise Wetluga (Gouvernement Kostroma) begründet und beruhte auf dem Umstande, daß in Folge des Emancipations-Actes und der damit verbundenen Dotirung jeder Bauer bei uns als Grundeigenthümer erscheint, und daher für die Zahlungen, die er übernimmt, Garantie zu leisten vermag. Anfangs fand dieses Beispiel der bäuerlichen ökonomischen Selbsthilfe wenig Nachahmung, denn von 1866 bis 1868 wurde keine neue Kasse der Art, wie die von Roschdestwenskoje errichtet, wiewohl die Regierung den Nutzen solcher Einrichtungen sofort vollständig begriff und die Sache dadurch zu fördern suchte, daß die gesetzliche Bestätigung der Statuten solcher Kassen an möglichst geringe Formalitäten geknüpft ward. So kamen im Jahre 1869 zwei und im Jahre 1870 13 neue Kassen hinzu. Erst nach 1870 fing man an, bei der Anlage solcher Kassen systematisch und theilweise unter Nachbildung schon vorhandener Statuten der bewährteren älteren Genossenschaften vorzugehen. So gab es im Jahre 1871 schon 43 Genossenschaften dieser Art, und von da an fing die Zahl in rascher Progression zu wachsen an. Im Jahre 1872 zählte man schon 93 solcher Hilfs- und Darlehnskassen, am 1. September 1873 jedoch bereits 250, und am 1. November 1873 gar 324. Diese Kassen haben sich in kurzer Zeit, wie man sieht, nicht nur in überraschender Weise vermehrt (in Deutschland wuchsen die Associationen nach Schulze-Delitzsch in 8 Jahren nur auf 118 an), sondern auch sich fast über das ganze europäische Rußland verbreitet. Diese 324 Kassen befinden sich nämlich auf 46 Gouvernements und 149 Kreise vertheilt. Einen großen Unterschied zu den Schulze-Delitzschen Hilfsgenossenschaften könnte man weniger in dem Principe, als in dem Charakter der betheiligten Glieder wahrnehmen. Während Schulze-Delitzsch in Deutschland vorwiegend unter den Fabrikarbeitern seine Anhänger findet, zeigt sich in Rußland solchen Einrichtungen fast nur die ackerbauende Bevölkerung geneigt. Im December 1872 gab es fast 100 Hilfs- und Darlehnskassen, doch nur 5 waren von Fabrikarbeitern gebildet, und man hat auch nicht gehört, daß die Zahl der Hilfs- und Darlehnskassen nach Schulze-Delitzsch' Princip der Selbsthilfe sich bei den Fabrikarbeitern inzwischen in nennenswerther Weise vergrößert. Man wäre danach geradezu versucht zu sagen, daß Schulze-Delitzsch Princip bei unseren Fabrikarbeitern gar keinen rechten Anklang gefunden, während es für die Ackerbauer eine riesige Tragweite gewonnen hat. Es ist vielleicht ein ganz besonders günstiger Umstand, daß die Statuten der 324 Genossenschaften sich mehr oder weniger speciellen Bedürfnissen angepaßt, und daß später, als sich landwirthschaftliche Commissionen und officielle Persönlichkeiten mit der Aufstellung von Musterstatuten beschäftigten, ebenfalls eine gewisse Mannigfaltigkeit in liberalster Weise als zulässig erkannt wurde. Von 145 Genossenschaften, über welche genauere Kunde einlief, haben sich 41 ganz nach eigenen Ideen ihre Einrichtung geschaffen, und die 104 übrigen dergestalt sich arrangirt, daß 27 den im Gouvernement Nowgorod (wo die Zahl dieser Genossenschaften am größten ist) gangbaren Statuten-Entwurf annahmen, 31 sich nach den Vorschlägen einer landwirthschaftlichen Commission, 14 nach einem und 20 nach einem andern im Ministerium ausgearbeiteten Entwurfe, und 12 endlich nach dem im Gouvernement Pskow gangbaren Muster sich einrichteten. Ob indessen für spätere Zeit nicht vielleicht doch manche Unification in diesen Einrichtungen nöthig werden könnte, läßt sich nicht im Voraus bestimmen. Die 324 Kassen haben übrigens mit einem Grundcapital von 234,252 Rubel angefangen: Die Verwaltungskosten stellen sich für jede Kasse durchschnittlich auf 80 bis 90 Rubel im Jahr. Nach allem diesem ist nun nicht zu bezweifeln, daß unsere Bauern den Werth einer rationellen Sparsamkeit schon in großem Umfange begriffen haben.

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau**, 14. Jan. [Der Bezirksverein des nordwestlichen Theiles der innern Stadt] hielt gestern Abend unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Eger seine Generalversammlung ab. Nach einigen Bemerkungen des Vorsitzenden über den Ausfall der hiesigen Reichstagswahlen erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Während der Ermittelung des Resultates derselben erstattete der Cassirer des Vereins, Herr Kaufmann L. A. Schlesinger den Cassenbericht. Derselbe ergab, daß der Verein einen Bestand aus dem Jahre 1872 von 70 Thlr. 20 Sgr. 2 Pfg. hatte, hierzu kamen 92 Thlr. 6 Sgr. an Beiträgen pro 1873, zusammen 162 Thlr. 26 Sgr. 2 Pf. Dagegen betrugen sämmtliche Ausgaben 70 Thlr. 3 Sgr. 2 Pf., so daß ein Bestand von 92 Thlr. 23 Sgr. verbleibt. Dem Herrn Cassirer wurde Decharge ertheilt. — Demnächst berichtete der Schriftführer des Vereins, Herr Kaufmann Vollradt über die Thätigkeit des Vereins im abgelaufenen Jahre. Der Verein hielt 8 öffentliche Versammlungen und 14 Vorstandssitzungen ab. In den öffentlichen Versammlungen hielten Vorträge, resp. referirten die Herren Kfm. R. Mai, Dr. Lipschitz, Dr. Stein, Dr. Weis, Dr. Pinoff und Sanitätsrath Dr. Eger. Ferner war dem Vereine s. Z. das Präuschersche Museum zu einem billigeren Entree zugänglich gemacht worden. Unter Führung der Herren Dr. Pinoff und Dr. Eger wurden der botanische Garten und das neue Wasserhebewerk besichtigt. Im ersteren hatte Hr. Prof. Dr. Göppert die Güte, den Anwesenden einen überaus lehrreichen und interessanten demonstrativen Vortrag zu halten. Im Laufe des Sommers fand ein Ausflug des Vereins nach Deutsch-Lissa statt. — Auf vielfach ausgesprochenen Wunsch nahm der Verein die kirchlichen Wahlen für die Elisabetgemeinde in die Hand. Die von dem in Folge dessen gebildeten Wahlcomité aufgestellte Candidatenliste ist bis auf einen Namen bei der Wahl durchgedrungen. Eine Anzahl Mitglieder der Gemeinde, welche, auf einem anderen Standtpunkte als die Wählerversammlung stehend, versuchte bei den Wahlen den Vorschlägen dieser entgegen zu arbeiten, doch blieben die Anstrengungen derselben ohne Erfolg. Leider ist durch diese Machinationen eine Persönlichkeit, die das Wahl-Comité unter die Candidaten aufgenommen hatte, von ihnen aber auch aufgestellt worden war, ohne allen Grund unliebsam geworden. Der Berichterstatter versichert, die volle Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß der in Rede stehende Rechtsanwalt Zenker, dem Treiben der unbekannten Opponenten völlig fern gestanden und ohne alles eigene Verschulden in der Gemeinde in ein fasches Licht gekommen sei. — Das Wahlresultat war folgendes: Sanitätsrath Dr. Eger, C. F. Elsner, Lehmann, Rob. Mai, Dr. Pinoff, L. A. Schlesinger, Dr. Stein, J. Thiel, W. Vollradt, A. Würdig, Heidemann, R. Kalinke, L. Freund, L. Orthmann und L. Woywode.

Breslau, 15. Jan. Angekommen: Se. Durchlaucht Fürst Carolath-Beuthen, freier Standesherr, aus Carolath. Se. Durchlaucht Heinrich IX. Prinz Reuß, auf Neuhof. Se. Durchlaucht Prinz Carl zu Hohenlohe-Ingelfingen, auf Lublinitz. Ihre Excellenz Frau Gräfin v. Maltzan nebst Familie, auf Schloß Militsch. v. Ziemitzki, Generalmajor und Brigade-Commandeur, aus Frankfurt. (Fremdenbl.)

*** [Herr Oberbürgermeister v. Forckenbeck] ist, wie die „Magdeb. Ztg." meldet, in seinem bisherigen Wahlkreise Wolmirstedt-Neuhaldensleben mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität zum Reichstags-Abgeordneten gewählt worden.

⊙ **Bunzlau**, 13. Jan. [Zur Reichstagswahl. — Berufung. — Verschiedenes.] In Bezug auf die Reichstagswahl kann ich Ihnen mittheilen, daß nach den aus Bunzlau, Naumburg a. Q. und 22 ländlichen Ortschaften vorliegenden Nachrichten von 2451 Stimmen Cultusminister Dr. Falk 1917, Graf v. d. Recke-Volmerstein 132, Obertribunalsrath Peter Reichensperger 401 und Geheimer Justizrath Starke 1 Stimme erhalten haben; für den Grafen v. d. Recke ist außer Bunzlau nur in 9 Wahlbezirken, für Reichensperger nur in Naumburg, Paritz und Herzogswaldau, für den Minister Falk aber in allen oben genannten Wahlbezirken, und zwar in 20 davon mit großer Majorität, gestimmt worden. Was die Betheiligung an der Wahl anlangt, so waren in der Stadt Bunzlau von 1748 Wahlberechtigten 603, also 34,5% erschienen, in Naumburg von 460 Wählern 257, also 56%; aus den ländlichen Bezirken ist uns der Procentsatz noch nicht bekannt; nur aus der Gemeinde Uttig müssen wir rühmend hervorheben, daß daselbst vom 50 Wahlberechtigten 47 (also 94%) erschienen sind, die sämmtlich für Falk gestimmt haben. — Kreisgerichtsdirector Severin, der seit 4 Jahren das hiesige Gericht leitet, ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Groß-Glogau berufen worden; es wird allgemein bedauert, daß er Bunzlau verläßt, da er sowohl als humaner Vorgesetzter hoch verehrt wird, als auch um die gesellschaftlichen Verhältnisse hiesiger Stadt sich große Verdienste erworben hat. — In der ersten diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten wurden 13 neu, resp. wiedergewählte Stadtverordnete eingeführt und durch Bürgermeister Stahr verpflichtet. Nach den vom Vorsitzenden gegebenen Notizen hat die Versammlung im Jahre 1873 in 18 Sitzungen 290 Vorlagen erledigt; von den 36 Mitgliedern waren durchschnittlich in jeder Sitzung 27 anwesend. Bei der Wahl des Vorstandes wurde zum Vorsteher Justizrath Minsberg gewählt, der dieses Amt schon viele Jahre hindurch ununterbrochen geführt und es nur für das vorige Jahr aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hatte; zu seinem Stellvertreter wurde der vorjährige Vorsteher, Rechnungsrath Sommer, zum Protokollführer Kaufmann Schüller, zum Stellvertreter Uhrmacher Pils gewählt. — Eine vor einigen Monaten hier verstorbene Bettlerin, welche durch zwanzig Jahre regelmäßige Unterstützungen aus der Armenkasse empfangen hatte, hinterließ, in Betten und alten Lumpen versteckt, eine Baarschaft von über 1000 Thlr.; die Armenverwaltung hat nun die gezahlten Unterstützungen bei der Nachlaßmasse liquidirt und auch im Betrage von 179 Thlr. zurückerhalten, welche mit Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung capitalisirt werden sollen. — Fur die Sitzungen des Kreistages und des Kreisausschusses, welche vorläufig im Rathhaussaale stattfinden sollen, ist die Benützung desselben von den städtischen Behörden genehmigt worden. — Kämmerer Salomon, welcher bereits zum Amtsvorsteher für den Bezirk Bunzlauer Forsten gewählt ist, wird mit widerruflicher Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung auch die Verwaltung des angrenzenden Amtsbezirks Lichtenwaldau-Linden übernehmen.

* * **Landeshut**, 14. Jan. [Wahl.] Die Kreise Landeshut, Jauer, Bolkenhain wählten Professor Dr. Gneist gegen Graf Hochberg-Rohnstock mit 506 Stimmen Majorität zum Reichstagsabgeordneten.

△ **Schweidnitz**, 14. Januar. [Reichstagswahl.] Das gesammte Wahlresultat aus dem Wahlkreise Schweidnitz-Striegau ist heut bekannt worden. Was Referent bereits vor einigen Tagen angedeutet, hat sich als Thatsache erwiesen. Der Candidat der regierungsfreundlichen Partei, der Landeshauptmann von Schlesien, Graf Pückler hat fast zwei Drittheile der giltigen Stimmen erhalten. Es sind nämlich von 11,917 Stimmen 7857 auf denselben gefallen, während der Candidat der ultramontanen Partei, Baron von Köller 3989 erlangt hat, und 71 Stimmen sich zersplittert habe. Der Gewählte gehört, wie bekannt ist, zur conservativen Partei.

⊙ **Trebnitz**, 14. Jan. [Wahl.] Von 10,846 abgegebenen Stimmen im Wahlkreise Trebnitz-Militsch-Trachenberg erhielten nach heute festgestelltem Resultat: 1. Graf Maltzan (Schloß Militsch 8735 Stimmen, 2. Landrath a. D. von Mitschke-Collande auf Collande 1967 Stimmen. Die übrigen Stimmen zersplitterten.

* * **Pleß**, 14. Jan. [Officielles Wahlergebniß] im Wahlbezirke Pleß-Rübnick: Geistlicher Rath Müller 13,226, Horzog von Ratibor 6435, zersplittert 116, zusammen 19,767 Stimmen.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

r. **Lissa**, 14. Januar. [Reichstagswahl.] Gewählt: Appell.-Ger.-Rath v. Puttkammer-Colmar (nationalliberal) mit 4725 Stimmen. — Gegencandidat, Probst Theinert-Zolembic erhielt 4181 Stimmen. — Absolute Majorität von 8918. Potanten 4455. Majorität für den Deutschen 544 Stimmen.

* **Reg.-Bezirk Posen.** 5. Wahlbezirk (Kroeben). Der Candidat der Polen Fürst Czartorynski ist mit 7359 Stimmen gewählt. Der Candidat der Deutschen Prinz Hatzfeld-Gewswitz erhielt 5169 Stimmen, darunter 1618 Stimmen aus der Stadt Rawitsch.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 14. 15.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	329''',86	330''',47	332''',40
Luftwärme	+ 5°,5	+ 4°,9	+ 2°,5
Dunstdruck	2''',10	2''',41	1''',97
Dunstsättigung	64 pCt.	78 pCt.	79 pCt.
Wind	W. 3	W. 3	W. 2
Wetter	wolkig.	trübe.	heiter.

Breslau, 15. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 28 Cm. U.-P. — M. — Cm. Eisstand.

Officielle Resultate der Reichstagswahlen.

Herzogthum Anhalt. 1. Wahlkreis (Dessau, Zerbst): Appellationsgerichtsrath a. D. v. Cuny (nat.-lib.)

Reg.-Bez. Aachen. 4. Wahlkr. (Düren): gewählt Freiherr von Leikam (Centrum).

Reg.-Bez. Potsdam. 1. Wahlkr. (Westpriegnitz): Oberpräsident v. Jagow zu Potsdam wiedergewählt.

Reg.-Bez. Potsdam. 5. Kr. (Oberbarnim): Graf von Hacke auf Ranft (nat.-lib.).

Reg.-Bez. Frankfurt. 3. Wahlkr. (Königsberg): Gewählt Staatsanwalt z. D. Schröder in Berlin (nat.-lib.).

Reg.-Bez. Liegnitz. 4. Wahlkr. (Lueben): Gewählt Cultusminister Falk.

Königreich Baiern. Mittelfranken. 4. Wahlkr. (Eichstädt): Graf Quadt-Weykradt Isny (ultramont.). Niederbaiern. 6. Wahlkr. (Kelheim): Carl Anton Lang in Kelheim (ultramontan).

Königreich Würtemberg. 17. Kr. (Ravensburg): Graf Constantin von Waldburg-Zeil (ultramontan).

Großherzogthum Baden. 7. Wahlkr. (Offenburg): Kreisgerichtsrath Baer (nat.-lib.) gewählt.

Schwarzburg-Rudolstadt: Stadtrichter Hoffmann in Berlin. (Fortschr.)

Königreich Sachsen. 8. Wahlkreis (Pirna). Advokat Eysoldt in Pirna (Fortschr.) — 5. Wahlkr. (Dresden, linkes Elbufer). Stadtrath Dr. Minkwitz (Fortschr.) — 2. Wahlkr. (Löbau). Professor Frühauf (nat.-lib.)

Reg.-Bez. Magdeburg. 7. Wahlkreis (Aschersleben): Amtsrath Dietze (deutsche Reichspartei).

Reg.-Bez. Arnsberg (Meschede): Obertribunalsrath Peter Reichensperger (ultramontan).

Reg.-Bez. Gumbinnen (Labiau-Wehlau): Ritterguts-Besitzer Franke (Fortschritt).

Reg-Bez. Düsseldorf. 5. Wahlkreis (Essen): Obertribunalsrath von Forcade (ultramontan).

Reg.-Bez. Trier. 5. Wahlkreis (Saarbrücken): Zwischen Oberbergrath Bluhme in Bonn (liberal) und Advokath Dr. Muth (ultramontan) engere Wahl nothwendig.

Reg.-Bez. Düsseldorf. 7. Wahlkreis (Wesel): Kreisrichter Grütring in Dinslaken (ultramontan).

Reg.-Bez. Wiesbaden. 2. Wahlkreis (Wiesbaden): Schulze-Delitzsch (Fortschrittspartei).

Reg.-Bez. Coblenz. 2. Wahlkr. (Neuwied): Graf Alfred Stolberg (ultram.).

Reg.-Bez. Stettin. 7. Wahlkr. (Greiffenberg): Rittergutsbesitzer von Wödtke (conf.).

Reg.-Bez. Merseburg. 4. Wahlkr. (Halle): Oberamtmann Spielberg (Fortschr.). — 6. Wahlkr. (Sangerhausen): Rittergutsbesitzer Jüngken (nat.-lib.).

Königreich Sachsen. 3. Wahlkr. (Bautzen): Staatsminister a. D. von Nostiz-Wallwitz.

Reg.-Bez. Posen. 9. Wahlkr. (Krotoschin): Probst Kegel (Centrum). — 5. Wahlkr. (Kroeben): Prinz Roman Czartoryski.

Reg.-Bez. Bromberg. 5. Wahlkr. (Wongrowitz): Rittergutsbesitzer von Choslowski.

Reg.-Bez. Merseburg. 8. Wahlkr. (Naumburg): Rittergutsbesitzer Rohland (Fortschritt).

Würtemberg. 2. Wahlkr. (Ludwigsburg): Kaufmann Gustav Müller in Stuttgart (nat.-lib.).

Künigreich Bayern. Mittelfranken. 1. Wahlkr. (Nürnberg). Advokat Frankenburger (bayr. Fortschr.)

Reg.-Bez. Wiesbaden. 3. Wahlkr. (Breubach-Nassau). Dr. Siebes, in Camberg (ultram.)

Reg.-Bez. Arensberg. 4. Wahlkr. (Hagen). Reg.-Ass. a. D. Richter (Fortschr.)

Reg.-Bez. Coblenz. 5. Wahlkr. (Ahrweiler). Stadtgerichtsrath Kochann in Berlin (ultram.)

Reg.-Bez. Stettin. 5. Wahlkr. (Pyritz-Saatzig). Landrath v. Schöning (conserv.)

Herzogthum Altenburg. Appellationsger.-Vicepräs. Dr. Wagner (nat.-lib.)

Provinz Hannover. 3. Wahlkreis. (Meppen). Staatsminister a. D. Windthorst (ultram.)

Fürstenthümer Reuß ältere Linie. Kamigan in Köthen (Social-Demokr.) erhielt 2654, Dr. Oppenheim in Berlin (nat.-lib.) 2340 St. von 6895 St.

Großherzogthum Baden. 11. Wahlkr. (Mannheim.) Scipio (nat.-lib.).

Großherzogthum Hessen. 4. Wahlkr. (Darmstadt.) Ober-Steuerrath Welcker (nat.-lib.)

Reg.-Bez. Danzig. 4. Wahlkr. (Neustadt-Karthaus). v. Rybinski (Pole.)

Reg.-Bez. Königsberg. 2. Mahlkr. (Labiau.) Gutsbesitzer Fernov-Kuglacken (Fortschr.)

Reg.-Bez. Posen. 4. Wahlkr. (Buk-Kosten). v. Zoltowski (Pole.) — 1. Wahlkr. (Stadt und Kreis Posen). v. Niegolewski (Pole.)

Reg.-Bez. Düsseldorf. 4. Wahlkr. (Düsseldorf) Bernards (ultram.).

Reg.-Bez. Wiesbaden. 1. Wahlkr. (Homburg). Fabrikant Dr. Brüning (nat.-lib.).

Reg.-Bez. Trier. 2. Wahlkr. (Bernkastel). Kaufmann Dieden in Uerzig.

Provinz Hannover. 18. Wahlkr. (Bremervörde). Landes-Director von Bennigsen (nat.-lib.).

Königreich Baiern, Oberfranken. 5. Wahlkr. (Bamberg). Dr. Schüttinger (ultram.).

Köngreich Würtemberg. 6. Wahlkr. (Tübingen). Kreis-Gerichtsrath Gaupp (nat.-lib.).

Großherzogthum Baden. 12. Wahlbezirk (Heidelberg). Dr. Wilhelm Blum (nat.-lib.).

Reg.-Bez. Frankfurt a. O. 7. Wahlbezirk (Lübben-Guben). Rittergutsbesitzer Schulz (nat.-lib.).

Reg.-Bez. Merseburg. 5. Wahlbezirk (Mansfeld). Rittergutsbesitzer Sombart (nat.-lib.)

Reg.-Bez. Potsdam. 4. Wahlbezirk (Prenzlau-Angermünde). v. Arnim-Kröchelndorf (cons.).

Reg.-Bez. Posen. 3. Wahlbezirk (Meseritz-Bomst). Landrath v. Unruhe-Bomst (deutsche Reichspartei).

Freie Stadt Hamburg. 1. Wahlbezirk. Engere Wahl zwischen Möring (nat.-lib.) mit 4933 und Hartmann (Socialdemokrat) mit 4191 von 11,642 Stimmen.

Freie Stadt Hamburg. 2. Wahlbez. Engere Wahl zwischen Hartmann (Socialdemokrat) und Dr. Banks (Fortschritt).

Freie Stadt Hamburg. 3. Wahlbez. Dr. Wolffson (nat.-lib.).

Reg.-Bez. Königsberg. 9. Wahlbez. (Allenstein). Domherr Borowski-Frauenburg (ultramontan).

Reg.-Bez. Magdeburg. 6. Wahlbez. (Wanzleben). v. Benda (nat.-lib.)

Reg.-Bez. Potsdam. 7. Wahlbez. (Osthavelland). Geh. Rath Wulfsheim (nationalliberal).

Provinz Schleswig-Holstein. 2. Wahlkr. (Flensburg). Von 13,620 Stimmen erhielten Prof. Paul Hinschius 5167, Hofbesitzer H. A. Kryger-Bestoft 5264, also engere Wahl.

Provinz Schleswig-Holstein. 5. Wahlkr. (Itzehoe). Von 17,575 Stimmen erhielten Dr. Lorentzen (Fortschr.) 5928, Georg Winter-Ottensen (Soz.-Dem.) 5844. Engere Wahl auf den 27. d. anberaumt.

Provinz Schleswig-Holstein. 6. Wahlkr. (Pinneberg). Prof. Dr. Beseler (altliberal).

Großherzogth. Baden. 10. Wahlkr. (Karlsruhe). Prinz Wilhelm von Baden.

Reg.-Bez. Marienwerder. 4. Wahlkr. (Kulm-Thorn). Justizrath Meyer (nationalliberal).

Reg.-Bez. Frankfurt a. O. 6. Wahlkr. (Krossen-Züllichau). Amtsrath Uhden (conf.)

Provinz Hannover. 8. Wahlkr. (Hannover). Engere Wahl zwischen Ewald (partikul.) mit 9073 und Obergerichtsanwalt Laporte (nat.-lib.) mit 6935 St. von 19,941 St.

Reg.-Bez. Königsberg. 5. Wahlkreis (Heiligenbeil): Gutsbesitzer Lobach (nat.-lib.).

Reg.-Bez. Gumbinnen. 5. Wahlkr. (Loetzen): Gutsbesitzer v. Saucken-Tarputschen (Fortschritt).

Reg.-Bez. Köln. 5. Wahlkr. (Sieg-Waldbroel): Advocat Lingens (ultramontan).

Reg.-Bez. Stettin. 1. Wahlkreis (Anklam): v. Maltzahn-Gültz (conserv.).

Königreich Baiern (Pfalz). 6. Wahlkreis (Kaiserslautern): Dr. Zinn (Fortschritt).

Königreich Würtemberg. 12. Wahlkreis (Gerabronn): Fürst Hermann Hohenlohe (deutsche Reichspartei)

Königreich Würtemberg. 2. Wahlkr. (Ludwigsburg): Freih. v. Varnbüler (deutsche Reichspartei).

Herzogthum Anhalt. 2. Wahlkr. (Bernburg): Rittergutsbesitzer Dr. Kraaz (nationalliberal).

Königreich Würtemberg. 15. Wahlkr. (Blaubeuren-Ehingen): Ober-Finanz-Rath Schmidt (nat.-lib.). — 4. Wahlkreis (Böblingen-Leonberg): Dr. Elben (nationalliberal).

Königreich Baiern (Oberfranken). 3. Wahlkreis (Forchheim-Culmbach): Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst (liberale Reichspartei).

Großherzogthum Baden. 3. Wahlkreis (Waldshut): Fabrikant Faller (nationalliberal).

Reg.-Bez. Düsseldorf. 10. Wahlkr. (Gladbach): Legationsrath v. Kehler (ultramontan).

Reg.-Bez. Marienwerder. 3. Wahlkr. (Graudenz). Gutsbesitzer Bieler (nat.-lib.)

Reg.-Bez. Marienwerder. 1. Wahlkr. (Marienwerder). Oberbürgermeister v. Winter (nat.-lib.)

Königreich Baiern. Schwaben und Neuburg. 2. Wahlkr. (Donauwörth). Appellationsgerichtsrath Dr. Karl Mayer in Augsburg (ultram.)

Reg.-Bez. Merseburg. 1. Wahlkr. (Torgau). Rittergutsbesitzer Grobe (nat.-lib.).

Königreich Baiern, Oberpfalz und Regensburg. 4. Wahlkr. Neuburg). Bürgermeister Datzel von Fürth (ultram.)

Reg.-Bez. Oppeln. 2. Wahlkr. (Oppeln.) Graf Ballestrem (ultram.)

Reg.-Bez. Arnsberg. 7. Wahlkr. (Hamm-Soest). v. Bockum-Dolffs (lib.).

Reg.-Bez. Aachen. 2. Wahlkreis. (Eupenkreis-Aachen). Dr. Bock (ultram.)

Königreich Sachsen, 22. Wahlkr. (Auerbach). Dr. Georgi (nat.-lib.)

Provinz Hannover. 11. Wahlkr. (Einbeck-Northeim): Syndicus Albrecht (nat.-lib.). — 10. Wahlkr. (Hildesheim): Senator Roemer (nat.-lib.).

Reg.-Bez. Aachen. 5. Wahlkr. (Erkelenz): Carl Lucius (ultram.).

Reg.-Bez. Düsseldorf. 8. Wahlkr. (Geldern): Oberbergrath Ulrich (ultram.). — 12. Wahlkr. (Wewelinghofen): Appell.-Gerichtsrath v. Thimus. — 9. Wahlkr. (Kempen): Pfafferot (ultram.).

Reg.-Bez. Magdeburg. 8. Wahlkr. (Oschersleben-Halberstadt). v. Bernuth, Staatsminister a. D. (lib. Reichspartei).

Provinz Hannover. 19. Wahlkr. (Otterndorf-Freiburg). Landesdirector v. Benningsen (nat.-lib.).

Großherzogthum Baden. 14. Wahlkr. (Tauberbischofsheim). Prof. Dr. Beß in Freiburg (ultram.).

Königreich Sachsen. 7. Wahlkr. (Meißen). Prof. Richter in Tharandt (conservativ).

Reg.-Bez. Posen. 8. Wahlkr. (Pleschen). v. Taczanowski (Pole).

Großherzogthum Hessen. 1. Wahlkr. (Gießen). Freiherr Nordeck zur Rabenau (lib. Reichspartei).

Reg.-Bez. Posen. 6. Wahlkr. (Fraustadt). Appellations-Gerichtsrath v. Puttkammer in Colmar (nat.-lib.).

Sachsen. 15. Kr. Mittweida: J. Valteich in Chemnitz (Socialdemokrat).

Reg.-Bez. Erfurt. 2. Kreis. (Heiligenstadt). Kreisger.-Rath Strecker in Worbis (Centrum).

Provinz Hannover. 2. Kreis. (Aurich). Gutsbesitzer Petersen in Berum (nat.-lib.).

Reg.-Ber. Bromberg. 3. Wahlkr. (Bromberg). Rittergutsbesitzer Wehr (nat.-lib.).

Reg.-Bez. Minden. 4. Wahklr. (Paderhorn). Freiherr von und zu Brenken auf Wewer (ultramontan).

Reg.-Bez. Merseburg. 2. Wahlkr. (Herzberg). Bankdirector Siemens in Berlin (liberal).

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin. 3. Wahlkr. (Ludwigslust-Parchim). Moritz Wiggers in Rostock (Fortschritt.).

Sachsen-Coburg-Gotha. 2. Wahlkr. (Gotha). Ober-Appell.-Rath Ausfeld in Jena (Fortschr.).

Großherzogthum Hessen. 9. Wahlkreis (Mainz). Ober-Gerichtsrath

Goerz in Mainz (nat.-lib.). — 3. Wahlkr. (Alsfeld). Professor Onken in Gießen (liberal).

Reg.-Bez. Kassel. 2. Wahlkr. (Kassel): Ober-Appellations-Gerichtsrath Bähr (national-liberal). — 4. Wahlkr. (Eschwege): Dr. Harnier (nat.-lib.)

Reg.-Bez.: Merseburg. 3. Wahlk. (Delitzsch): Gen.-Director v. Thilo (deutsche Reichspartei).

Reg.-Bez. Stettin. 3. Wahlkr. (Greiffenberg): Gutsbesitzer Kolbe (nat.-lib.)

Reg.-Bez. Trier. 6. Wahlkreis (Ottweiler): Engere Wahl zwischen Commerzienrath Stumm (deutsche Reichspartei) und Graf Droste-Vischering (ultramontan).

Königreich Würtemberg. 16. Wahlkreis (Biberach): Graf von Bissingen (ultramontan).

Reg.-Bez. Sigmaringen. Kreisrichter von Kleinsorgen (ultramontan).

Großherzogthum Hessen. 2. Wahlkreis (Friedberg): Dr. jur. Schröder (national-liberal).

Reg.-Bez. Kassel. 1. Wahlkreis (Hofgeismar): Dr. Fr. Oetker (nat.-lib.)

Prov. Hannover. 16. Wahlkr. (Lüneburg). Assessor von Reden (nat.-lib.)

Reg.-Bez. Königsberg. 7. Wahlkr. (Pr. Holland.) von Minnigerode (cons.)

Reg.-Bez. Arnsberg. 5. Wahlkr. (Bochum). Dr. Löwe-Berlin (Fortschr.)

Prov. Schleswig-Holstein. 8. Wahlkr. (Altona). Hasenclever (Soc.-Dem.)

Königreich Baiern. Schwaben-Neuburg. 1. Wahlkr. (Augsburg). Dr. Jos. Edmund Jörg (ultramont.)

Königreich Würtemberg. 5. Wahlkr. (Eßlingen). Oberstaatsanwalt Dr. Lenz (nat.-lib.)

Großherzogthum Hessen, 7. Kreis (Heppenheim): Wilhelm Heyl in Worms (nationalliberal).

Regierungsbez. Breslau, 3. Kreis (Oels): v. Kardorf auf Wabnitz (deutsche Reichspartei).

Regierungsbez. Stettin, 2. Kreis (Ueckermünde): Engere Wahl zwischen Stadtrath Dr. Dorn und Kreisrichter Zachariae.

Regierungsbez. Koblenz, 3. Kreis (Koblenz, St. Goar): Geheimer Rath Savigny (Fortschr.) in Berlin.

Regierungsbez. Stettin, 4. Kreis (Stettin): Oberlehrer Th. Schmidt in Stettin (Fortschr.)

Königreich Baiern. Unterfranken. 2. Wahlkreis (Kitzingen): Graf Schönborn (ultramontan).

Reg.-Bezirk Wiesbaden. 4. Wahlkreis. (Diez-Weilburg): Gutsbes. Knapp (Fortschritt).

Reg.-Bez. Köln. 4. Wahlkreis (Bonn): Landgerichtsrath v. Kesseler (ult.) wiedergewählt.

Königreich Baiern. Pfalz. 1. Wahlkreis (Speyer): Bürgermeister Dr. Graß (nat.-lib.). Oberbaiern. (Stadtkreis München I.): Frhr. v. Stauffenberg (lib.).

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 15. Januar, Morgens. Von den 383 Reichstagswahlen sind bisher circa 360 Resultate officiell bekannt, davon kommen nach einer ungefähren Schätzung auf die nationalliberale Partei 130, auf das Centrum 83, auf die Fortschrittspartei 35, auf die deutsche Reichspartei 30, auf die Conservativen 17, auf die liberale Reichspartei 8. Ferner wiedergewählt 11 Polen, 6 Socialdemocraten, 1 der Würtembergischischen Volkspartei Angehöriger, 1 Däne, 2 Particularisten. Engere Wahlen sind in 36 Wahlbezirken erforderlich. Von Ministern wurden bisher gewählt. Falk und Achenbach, von Pateiführern Denzin (conserv.), Lasker, Forckenbeck, Simson, Freiherr v. Staufenberg, Bamberger, Bennigsen, Gneist, Marquardsen (Fürth), der Führer der Altkatholiken Schulte und Miquel; von der nationalliberalen Partei Kirchmann, Ziegler, Schultze-Delitzsch, Loewe-Calbe; von der Fortschrittspartei Windthorst, beide Reichensperger, Mallinkrodt, Joerg, Westermayer; von der Centrumspartei Bethusy, Kardorf; von der deutschen Reichspartei. Zur engeren Wahl kommen 24 Nationalliberale, 17 Conservative, 11 von der Centrumspartei, 8 von der Fortschrittspartei, 2 von der deutschen Reichspartei, 8 Socialdemokraten, 1 Däne und ein particularistischer Candidat.

München, 14. Januar. In Schwaben haben die Ultramontanen mit Ausnahme eines Wahlkreises in den 5 übrigen Wahlkreisen ihre Reichstagscandidaten durchgebracht.

Bern, 14. Januar. Der große Rath hat mit 156 gegen 5 Stimmen die von der Statthalterei des Berner Jura getroffenen militärischen Maßregeln genehmigt und mit 143 gegen 7 Stimmen die Statthalter zu weiteren militärischen Maßnahmen ermächtigt.

Carthagena, 13. Januar. Die Uebergabe des Platzes erfolgte ohne jedes Blutvergießen; auch hat die Stadt nicht viel gelitten. Der Insurgentendampfer „Darro", auf welchem sich zahlreiche Flüchtlinge befanden, ist, als er den Hafen der Stadt verließ, von spanischen Kriegsschiffen genommen worden.

Versailles, 14. Januar, Abends. Die Nationalversammlung beschloß mit 378 gegen 316 Stimmen in die Specialdiscussion über das Maire-Gesetz einzutreten. Das Amendement der Linken, an den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen nichts zu ändern, wurde mit 356 gegen 291 Stimmen abgelehnt.

Petersburg, 14. Januar, Abends. Das kaiserliche Manifest über die allgemeine Dienstpflicht ist veröffentlicht worden, worin der Kaiser sich an die Hingebung der Nation wendet, um diese Reform durchzuführen, und die eine Fortsetzung der friedlichen Politik verheißt.

London, 13. Januar. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Cape Coast-Castle vom 27. December v. J. beabsichtigte General Wolseley am 16. Januar d. J. den Prah-Fluß zu überschreiten.

[Berichtigung.] Die in unserem heutigen Morgenblatte enthaltene Depesche des Wolff'schen Tel.-Bur. aus London war unrichtig. Der „Times" zufolge wird nicht eine Discontoerhöhung, sondern eine weitere Herabsetzung des Discounts erwartet.

In der Petersburger Depesche über die Ziehung der 1864er Prämien-Anleihe im heutigen Morgenblatte muß es Zeile 5 heißen: Nr. 11, Serie 16027 und Zeile 8 Nr. 25, Serie 19289.

Newyork, 13. Januar. [Der Postdampfer „Franklin"] des baltischen Lloyd ist heute nach Antwerpen abgegangen. Der Dampfer „Washington" folgt am 20. Januar.

Breslau, 15. Jan., 9½ Uhr Vorm. Landzufuhr und Angebot aus zweiter Hand war nur mäßig, die Stimmung im Allgemeinen lustlos.

Weizen nur feine und harte Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7 11/12 bis 8 11/12 Thlr., gelber 7 7/12 bis 8 7/12 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. 6⅓ bis 6½ Thlr., feinste Sorte 6⅔—7 Thlr. bezahlt.

Gerste gut beachtet, pr. 100 Kilogr. 6⅙ bis 6⅔ Thlr., weiße 7 bis 7⅓ Thlr. bezahlt.

Hafer sehr fest, pr. 100 Kilogr. 5⅙ bis 5⅔ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen matter, pr. 100 Kilogr. 5 11/12 bis 6½ Thlr.

Wicken angeboten, pr. 100 Kilogr. 4⅚ bis 5⅙ Thlr.

Lupinen sehr fest, pr. 100 Kilogr. gelbe 4⅔ bis 5 Thlr., blaue 4⅙ bis 4½ Thlr.

Bohnen offerirt, pr. 100 Kilogr. 6⅔ bis 6⅚ Thlr.

Mais vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 5⅔ bis 6 1/12 Thlr.

Oelsaaten in matter Haltung.

Schlaglein sehr fest.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat	7	12	6	8	10	—	9	—	—
Winter-Raps	7	7	6	7	12	6	7	27	6
Winter-Rübsen	7	2	6	7	10	—	7	22	6
Sommer-Rübsen	7	2	6	7	15	—	8	—	—
Leindotter	6	27	6	7	10	—	7	25	—

Rapskuchen matt, schlesische 70—73 Sgr per 100 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 100—103 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat feine Qualitäten gut verkäuflich, rothe neue 13—15½ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße jähr. 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee gut gefragt, 8½—11½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Berliner Börse vom 14. Januar 1874.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	5	141⅞ bz
do. do.	2 M.	5	140⅞ bz
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5	56.18 G.
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	4½	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	5	99¾ G.
London 1 Lst.	3 M.	4	6.20½ bz.
Paris 300 Frcs.	10 T.	5	80 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	89¾ bz
Warschau 90 SR.	8 T.	6	91⅝ bz
Wien 150 Fl.	8 T.	5	88⅛ B. 88 G.
do. do.	2 M.	5	87¾ B. ⅝ G.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	102⅝ bz
do. consolid.	4½	105⅝ bz
do. 4%ige	4	99 bz
Staats-Schuldscheine	3½	91⅞ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	122¼ B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102¼ bzG.
Pfandbr. Berliner	4½	101¼ bz
Pfandbr. Pommersche	3½	81⅞ bzG.
Pfandbr. Posensche	4	90⅞ bz
Pfandbr. Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96½ B.
Rentenbriefe. Pommersche	4	96 bz
Rentenbriefe. Posensche	4	95⅝ bz
Rentenbriefe. Preussische	4	95¾ G.
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	98½ bz
Rentenbriefe. Sächsische	4	97½ bz
Rentenbriefe. Schlesische	4	96 G.
Badische Präm.-Anl.	4	114 B.
Baierische 4% Anleihe	4	115 bzG.
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	94⅜ a ⅝ bzG.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 69¼ bzB.
Badische 35 Fl.-Loose 38¾ B.
Braunschw. Präm.-Anl. 22¾ bz
Oldenburger Loose 37½ B.

Louisd'or 110½ bz	Dollars 1.11¼ G.
Sovereigns 6.21½ bz	Frmd. Bkn 99⅕ bz
Napoleons 5.10⅛ bz	Oest. Bkn. 88¼ bz.
Imperials 5.16¼ G.	Russ. Bkn. 92⅛ bz.

Hypotheken-Certificate.

Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	5	100 G.
Unkünd. do. (1872)	5	101¾ bz
do. rückbz. à 110	5	104¼ bz
do. do. do.	4½	98⅜ bz
Unk.H.d.Pr.Bd.-Crd.-B.	5	99 bz
do. III. Em. do.	5	98 bz
Kündb.Hyp.-Schuld.do.	5	96 bz
Hyp.Anth.Nord-G.-C.B.	5	101½ bb
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	101 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106 B.
do. do. II. Em.	5	103¼ bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	91⅜ bz
Oest. Silberpfandbr.	5	69⅞ bz
do. Hyp. Crd.-Pfndb.	5½	71¼ G.
Unkb.Pfd.d.Pr.-Hyp.-B.	4½	100 bz. G.
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Gs.	5	82⅞ bzG.
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	100½ G.
Wiener Silberpfandbr.	5½	70¾ bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	65¾ bz
do. Papierrente	4⅕	61¼ etbzB.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	94¾ bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	94¼ bz
do. Credit-Loose	—	105½ G.
do. 64er Loose	—	84⅝ bzB.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	— —
do. do. 1866	5	135⅝ bzG.
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	86½ bz
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	81⅝ bz
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	79½ bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	67¼ bz
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97 bz
do. do. p. 1885	6	101¾ bz
do. 5% Anleihe	5	97⅞ bzB.
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	59⅛ bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	94⅞ bzB.
Raab-Grazer 100 Thlr.L.	5	78½ bzB.
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	5	41 bzG.
Ung. 5% St.-Eisenb.Anl.	5	71¾ bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 10⅜ B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100½ bzB.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	83⅝ bzB.
do. do. VI.	4½	99⅞ bz
do. Nordbahn	5	103¾ bz
Berlin-Görlitz	5	104 bzB.
do.	4½	99½ B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	99¾ B.
do. do. G.	4½	99¾ B.
do. do. H.	4½	99¾ B.
Cöln-Minden III.	4	93¼ bzB.
do. do.	4½	100¼ bz
do. IV.	4	91⅝ G.
do. V.	4	91⅝ G.
Halle-Sorau-Guben	5	100⅝ bzB.
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	102½ G.
Niederschl.-Märkische	4	95 G.
do. do. III.	4	94½ G.
do. do. IV.	4½	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	91¾ G.
do. E.	3½	83¼ bz
do. F.	4½	100½ G.
do. G.	4½	99⅞ G.
do. H.	4½	100¾ G.
do.	5	102⅝ bz
do. von 1873	4	— —
do. Brieg Neisse	4½	— —
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	92¼ G.
do.	4½	— —
do.	4½	— —
do.	5	102¾ bzG.
do. Stargard-Posen	4	90½ bzG.
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	— —
do. do. do. D.	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	102 G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	102½ G.
Schlesw. Eisenbahn	4½	99½ G.

Chemnitz-Kometau	5	84½ bz
Dux-Bodenbach	5	82½ G.
Prag-Dux	5	59⅞ bzG.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	94¼ bz
do. do. neue	5	89 G.
Kaschau-Oderberg	5	78 15/16 bz
Ung. Nordostbahn	5	61¼ bzB.
Ung. Ostbahn	5	58½ bzB.
Lemberg-Czernowitz	5	66½ etbzG.
do. do. II.	5	77¼ etbzB.
do. do. III.	5	65 1/16 bz
Mährische Grenzbahn	5	70¾ B.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	45 G.
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	83⅝ bz
Oesterr.-Französische	3	307 bzG.
do. do. neue	3	290 bzB.
do. südl. Staatsbahn	3	248⅜ bz
do. neue	3	248¾ bz
do. Obligationen	5	86¼ bz
Warschau-Wien II.	5	97⅛ G.
do. III.	5	97⅜ G.
do. IV.	5	97⅜ bz

Bank-Discont 4½ pr. Ct.
Lombard-Zinsfuss 5½ pr. Ct.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1872	1873	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	35½ bz
Berg.-Märkische	6	—	4	100 a 99 bz
Berlin-Anhalt	17	—	4	143 bzG
do. Dresden	5	—	5	59⅞ bzG.
Berlin-Görlitz	3½	—	4	97½ bzB.
Berlin-Hamburg	12	—	4	185 bzB.
Berl. Nordbahn	5	—	5	26 bz
Berl.-Potsd. Magd.	8	—	4	110 bzB.
Berlin-Stettin	12¾	—	4	159⅝ bz
Böhm. Westbahn	5	—	5	98¼ bzB
Breslau-Freib.	7½	—	4	102½ bzG.
do. neue	5	—	5	98 bzB. [G
Cöln-Minden	9 7/20	—	4	140½ a 39¼ bz
do. neue	5	—	5	111¼ bz
Cuxhav. Eisenb.	—	—	6	— —
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	37½ bz
Gal. Carl-Ludw. B.	7	—	5	102 à 100½ b
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	42½ bzG.
Hannover-Altenb.	5	—	5	47¾ B
Kaschau-Oderbrg.	5	5	5	62¼ bzB.
Kronpr. Rudolpfb.	5	—	5	69¾ bzG.
Ludwigsh.-Bexb.	11	—	4	184¼ bz
Märk.-Posener	0	—	4	45¾ bzG.
Magdeb.-Halberst.	8½	—	4	125¾ bz
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	257⅝ bz
do. Lit. B.	4	—	4	95⅞ bzB.
Mainz-Ludwigsh.	11 6/10	—	4	148¾ B.
Niederschl.-Märk.	4	—	4	97½ G.
Oberschl. A. u. C.	13⅓	—	3½	170¼ bzG.
do. B.	13⅓	—	3½	154½ bz
do. D.	—	—	5	— —
Oester.-Fr. St.-B.	10	—	5	199½ a 8¾ b
Oest. Nordwestb.	5	—	5	116 à 5¾ bz
Oester. südl. St.-B.	4	—	5	96¾ à ¼ bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	38½ bz
Rechte O.-U.-Bahn	6	—	5	120¾ bz
Reichenberg-Pard	4½	—	4½	67¼ bzG.
Rheinische	9⅖	—	4	140 à 39 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	31⅛ bz
Rumän. Eisenbhn.	3⅗	—	5	36 bz
Schweiz Westbhn.	1⅗	—	4	42¼ bzG.
Stargard-Posener.	4½	—	4½	100⅞ bz
Thüringer	9	—	4	130 bz
Warschau-Wien	10	—	5	80¼ bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	—	5	104 bzG.
Berlin. Nordbahn	5	—	5	41⅞ bzG.
Breslau Warschau	5	—	5	25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	66⅞ bz
Hannover-Altenb.	5	—	5	70⅜ bz
Kohlfurt Falkenb.	5	—	5	73 bzG.
Märkisch-Posener	0	—	5	75⅝ bz
Magdeb.-Halberst.	3½	—	3½	80½ bz
do. Lit. C.	5	—	5	103⅛ bz
Ostpr. Südbahn	0	—	5	70⅝ bzG.
Pomm. Centralb.	5	—	5	20⅜ bz
Rechte O.-U.-Bahn	6	—	5	121¼ bz
Rum. (40% Einz.)	—	—	8	86 bzG.
Saal-Bahn	5	—	5	49 G.

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	7½	—	5	65½ bz
Allg.Deut.Hand.G	9¼	—	5	35½ G.
Berliner Bank	14	—	4	66½ bz
Berl. Bankverein.	18	—	5	85⅞ bzG.
Berl. Kassen-Ver.	29 3/10	—	4	266 G.
Berl.Handels-Ges.	12½	—	4	119¾ bz
Berl.Lomb.-Bank.	11¼	—	5	41 bzG.
Berl.Makler-Bank	11	—	4	100½ bz
Berl.Prod.-Makl.B	8½	—	5	102 G.
Berl. Wechslerbk.	0	—	5	50⅛ bz
Braunschw. Bank.	8⅔	—	4	118¾ G.
Bresl. Disc.-Bank		—		
Friedenthalu. Co.	10	—	4	77 bzG.
Bresl. Handels-G.	9	—	5	63 G.
Bresl.Maklerbank	30	—	5	76½ G.
Bresl. Mkl.-Ver.B.	7	—	5	89¾ G.
Br. Pr.-Wechsl.-B.	12	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	12	—	4	66½ bzG.
Centralb. f. Genos.	14	—	4	66⅞ bzG.
Coburg. Cred.-Bk.	7¼	—	4	72 bzG.
DanzigerPriv.-Bk.	7	—	4	115 bz
Darmst. Creditbk.	15	—	4	158 bz
Darmst. Zettelbk.	7	—	4	106 B.
Dessauer	—	—	fr.	— —
Deutsche Bank	8	—	4	81⅝ bzG.
DeutscheUnionsb.	9½	—	4	70 bzG
Disc.-Com.-A.	27	—	4	171¼ à 73 bz
Genossensch.-Bnk	10⅔	—	fr.	108 G.
do. junge	—	—	4	103 G.
Gwb.Schusteru.C.	10	—	4	62¾ bz
Görlitzer Ver.-Bk.	10	—	4	— —
Goth.Grundcred.B	9½	—	4	100¼ bz
Hamb.Nordd.Bnk.	13⅓	—	4	140½ G.
do. Vereins-B.	13¾	—	4	121 B.
Hannov. do.	6⅗	—	4	105 bzB.
do. Disc.-Bk.	5	—	4	68¾ bz
Hessische Bank	6⅔	—	5	45 bz
Königsb. do.	8	—	4	80⅛ B.
Ldw. B. Kwilecki	—	—	4	56 etbzG.
Leip. Cred.-Bank.	15	—	5	143 G
Luxemburger do.	12	—	4	115 bz
Magdeburger do.	5¾	—	4	103½ G.
Meininger do.	12	—	4	110⅝ bz
MoldauerLds. Bk.	4	—	4	44 G.
Ndrschl. Cassenv.	15	—	4	24 bz
Nordd.Grundcr.B.	13¾	—	5	81 G
Oberlausitzer Bk.	8 3/10	—	4	72½ G.
Oest. Cred.-Actien	18¾	—	4	142 a 1¼ b.
Ostdeutsche Bank	8	—	5	66 G.
Ostd.Product.-Bk.	8½	—	4	24 bzG.
Posener Bank	6½	—	5	107⅞ G.
Pos.Pr.-Wechsl.B.	8	—	4	8½ bzB.
Preuss. Bank-Act.	13½	—	4	199¾ bz
Pr.Bod.-Cr.-ActB.	15	—	4½	75½ bzG.
Pr. Cent.-Bod.-Cr.	9½	—	4	118½ bz
Pr. Credit-Anstalt	24	—	5	49 bzB
Prov. Wechsl.-Bk.	7½	—	4	87⅞ bz
Sächs. B. 60% I. S.	12	—	5	142 B.
Sächs. Cred.-Bank	13	—	4	77⅝ G.
Schles. Bank-Ver.	14	—	4	113 bzB.
Schl. Centralbank	13	—	4	— —
Schl. Vereinsbank	9	—	5	91⅝ bzG.
Thüringer Bank	14	—	5	101⅛ bzG.
Ver.-Bk. Quistorp	10	—	4	12 bzG.
Weimar. Bank	8	—	fr.	104⅛ bzG.
Wiener Unionbk.	5	—	4	74½ bz
Baugess. Plessner.	14	—	5	70⅝ bz
Berl.Eisenb.-Bd.A	11½	—	5	148 bz
D. Eisenbahnb-G.	0	—	5	41½ bzB.
do.Reichs-uCo.-E.	7¾	—	5	92¼ bzG.
Märk.Sch. Msch.G.	0	—	5	35¼ bzG.
Nordd.Papierfabr.	8	—	5	75 G.
Westend, Com.-G.	17	—	—	12¼ bzG
Pr.Hyp.-Vers.-Act.	16⅘	—	4	119⅝ B.
Schl. Feuervers.	17½	—	4	— —
Donnersmarkhüt.	—	—	5	59 bzG.
Königs- u. Laurah.	29	—	5	174 bzB.
Lauchhammer	9	—	5	77¾ bzB.
Marienhütte	14	—	5	79¼ bzG.
Minerva	—	—	5	5½ G.
Moritzhütte	—	—	5	60 G.
OSchl.Eisenwerk.	11	—	5	38 B.
Redenhütte	10	—	5	48½ bz
Schl.Kohlenwerk.	9	—	5	93¾ bz
Schles.Zinkh.-Act.	8	—	5	94⅞ bz
do. St.-Pr.-Act.	8	—	4½	95½ G.
Tarnowitz. Bergb.	20	—	5	103 bzB.
Vorwärtshütte	8	—	5	52 B.
Baltischer Lloyd.	0	—	5	37½ B.
Bresl. Bierbrauer.	—	—	5	29½ bz
Bresl. E.-Wagenb.	7½	—	5	58 bzG.
do. ver.Oelfabr.	10	—	5	71 B.
Erdm. Spinnerei.	9	—	5	57¾ bzB
Görlitz.Eisenb.-B.	0	—	5	43 B.
Hoffm'sWag.-Fab.	6	—	5	51 B.
O.Schl. Eisenb.-B.	14	—	5	89¼ bzG.
Schles.Leinenind.	9	—	5	96½ bz
S.Act. Br.(Scholtz)	—	—	5	30 G
do. Porzellan	7	—	4	82½ bz
Schl. Tuchfabrik	—	—	4	26½ G
do.Wagenb.-Anst.	9	—	4	45¼ G.
Schl.Wollw.-Fabr.	10	—	4	27 bz

Berlin, 14. Januar. [Productenbericht.] Roggen matt und Preise eine Kleinigkeit niedriger, bei schwerfälligem Handel auf Termine Waare überwiegend angeboten und schwer verkäuflich. — Roggenmehl fest. — Weizen sehr still, Preise ziemlich behauptet. — Hafer loco matt, Termine still. — Rüböl fest, aber wenig belebt. — Spiritus etwas besser bezahlt, doch in beschränktem Verkehr.

Weizen loco 72—92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — Thlr. ab Bahn bez., feiner weißbunter poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 87½ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 87¼ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 87¼ Thlr. bez., pr. Juli-August 85¼ Thlr. bez., neue Usance per April-Mai 86½ Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 60—69 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 60—61⅜ Thlr. ab Bahn bez., dito — Thlr. ab Kahn bez., feiner russischer — Thlr. bez., polnischer — Thlr. bez., inländischer 67—69 Thlr. ab und frei Bahn bez., per December-Januar 62—61⅞ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 62—61¾ Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. Frühjahr 63—62¼ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 62¾—62½ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 62½—62¼ Thlr. bez., pr. Juli-August — Thlr. bez. Gekündigt 3000 Ctnr. Kündigungspreis 61⅞ Thlr. — Gerste loco 52—73 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 49—59 Thlr. nach Qualität gefordert, schlesischer — Thlr. bez., böhmischer 56—58 Thlr., galizischer 50—54 Thlr. bez., ostpreußischer 52—57 Thlr., westpreußischer 52—57 Thlr., pommerscher 56—58 Thlr., uckermärker 56—58 Thlr. ab Bahn bez., per December-Januar — Thlr. bez., per Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. Frühjahr 55¾ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 55⅞ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 56—56⅛ Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Erbsen: Kochwaare 59—66 Thlr., Futterwaare 53—58 Thlr. bez. — Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack 12—11⅓ Thlr., Nr. 0 und 1 11—10½ Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 10 5/12—9⅚ Thlr., Nr. 0 und 1 9 7/12—9 Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December-Januar 9 Thlr. 19½—21 Sgr. bez., pr. Januar-Februar 9 Thlr. 15½—16½ Sgr. bez., pr. Februar-März 9 Thlr. 15 Sgr. bez., pr. März-April 9 Thlr. 15 Sgr. bez., pr. April-Mai 9 Thlr. 13—13½ Sgr. bez., Mai-Jun 9 Thlr. 12½—13 Sgr. bez. Gekündigt 560 Ctnr. Kündigungspreis 9 Thlr. 20 Sgr. — Oelsaaten: Raps — Thlr., Rübsen — Thlr. — Rüböl per 100 Kilo netto loco flüssies ohne Faß 19 Thlr. bez., mit Faß — Thlr. bez., per December-Januar 19 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 19½ Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., pr. April-Mai 20⅙—20⅛—20⅙ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 20½ Thlr. bez., pr. September-October 21⅝—21⅔ Thlr. bez. Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr. — Leinöl loco 24 Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 9¾ Thlr. bez., pr. December-Januar 9⅙—9¼ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 9⅙—9¼ Thlr. bez., pr. Februar-März 9⅙—9⅓ Thlr. bez., April-Mai 9¼ Thlr. bez., pr. Mai-Juni — Thlr. bez., pr. September-October 10⅓ Thlr. bez. Gekündigt 50 Barrels. Kündigungspreis 9⅙ Thlr.

Spiritus pr. 10,000 pCt. loco „ohne Faß" 20 Thlr. 23 Sgr. bez., „mit Faß" — Thlr. — Sgr. bez., pr. December-Januar 21 Thlr. 4—7 Sgr. bez., pr. Januar-Februar 20 Thlr. 27 Sgr. bis 21 Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., März-April — Thlr. — Sgr. bez., pr. April-Mai 21 Thlr. 7—10 Sgr. bez., pr. Mai-Juni 21 Thlr. 10—13 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 21 Thlr. 22—24 Sgr. bez., pr. Juli-August 22 Thlr. 2—4 Sgr. bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 14. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 118. Pariser do. 93½. Wiener do. 103. Franzosen*) 348. Hess. Ludwigsb. 149. Böhm. Westbahn 229¾. Lombarden*) 168½. Galizier 237¾. Elisabethbahn 228. Nordwestbahn 203¼. Elbthalbahn —. do. Prioritäten —. Oregon 19. Creditactien*) 248. Russ. Bodencredit 86⅛. Russen 1872 —. Silberrente 65⅝. Papierrente 61¼. 1860er Loose 94. 1864er Loose 147⅛. Ungarloose —. Raab-Grazer 78⅜. Amerikaner de 1882 97⅝. Darmstädter Bankverein 394¾. Deutsch-österr. 88. Prov.-Disconto-Gesellschaft 90. Brüsseler Bank 101⅞. Berl. Bankverein 85¾. Frankf. Bankverein 90¼. do. Wechslerbank 82½. Nationalbank 1037. Meininger Bank 110⅞. Hahn Effectenbank 118¼. Continental 92⅜. Südd. Immobilien-Gesellschaft —. Hibernia 98½. 1854er Loose —. Schiff'sche Bank —.

*) per medio resp. per ultimo.

Rockford 22¾. Oberhessische Eisenbahn 77. Buschtiehrader —. Dortmunder Union —. 1854er Loose —. Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 100.

Ziemlich fest und belebt, Speculationswerthe behauptet, Bahnen theilweise nachgebend, Banken und Fonds fest, Bergwerksactien gesucht.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 248. Franzosen 348. Lombarden 168⅝. Silberrente —.

Frankfurt a. M., 14. Januar, Abends. [Effekten-Societät.] Credit-Actien 249½. Staatsbahn 349⅜. Franzosen —. Lombarden 169⅜. —. Oesterreichische Nationalbank —. Elisabethbahn —. Provinzial-Disconto-Gesellschaft —. Böhmische Westbahn —. Elbthal —. Darmstädter Bank —. Meininger Bank —. Bankactien — Ungarisch-Galizische Actien —. Silberrente 65⅚. Nordwestbahn — Papierrente —. Hahnsche Effectenbank —. Josephsbahn —. Galizier 237. 1860er Loose 94½. Oesterr. Nationalbank —. Sehr fest. Lebhaftes Geschäft in Folge festerer Pariser Course.

Hamburg, 14. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe —. Silberrente 65½. Oesterreich. Creditactien 212½. dto. 1860er Loose 94⅞. Nordwestbahn 432. Franzosen 745. Lombarden 361. Italienische Rente 59. Vereinsbank 120½. Laurahütte 173. Commerzbank 95. dto. II. Emis. —. Norddeutsche Bank 140. Provinzial-Disconto-Bank —. Anglo-deutsche Bank 66. dto. neue 78½. Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union 81½. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 93¼. Köln-M.-St.-Actien 139¾. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 139½. Bergisch-Märkische 99. Disconto 3¼ pCt. — Matt.

Hamburg, 14. Jan. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. 126pfd. pr. Januar pr. 1000 Kilo netto 240 Br., 238 Gld., pr. Jan.-Febr. pr. 1000 Kilo netto 240 Br., 238 Gd., pr. Febr.-März pr. 1000 Kilo netto 242 Br., 240 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 265 Br., 264 Gd. — Roggen pr. Jan. 1000 Kilo netto 196 Br., 195 Gd., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. Febr.-März 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 194 Br., 193 Gd. — Hafer höher. Gerste still. Rüböl matt, loco und pr. Jan. 62, pr. Mai pr. 200 Pfd. 63. Spiritus still, pr. Januar 53½, pr. Februar-März 54, pr. April-Mai per 100 Liter 100% 54. Kaffee fest, geringer Umsatz. Petroleum matt, Standard white loco 12, 80 Br., 12, 60 Gd., pr. Januar 12, 60 Gd., pr. Januar-März 12, 70 Gd. — Wetter: Feucht.

Hamburg, 14. Jannar. [Abendbörse.] 8 Uhr 30 Min. Oesterr. Silberrente 65¾. Amerikaner 93¼. Italiener 59¾. Lombarden 363, —. Oesterr. Credit-Actien 213, 75. Oesterr. Staatsbahn 748, —. Oesterr. Nordwestbahn 433, —. Anglo-Deutsche Bank —, —. junge —. Hamb. Commerz- u. Disc.-Bank —, —. Rhein. Eisenb.-St.-Actien —, —. Berg.-Märk. 99, —. Köln-Mindener —, —. Laurahütte 173, 87. Dortmunder Union 81¾. Norddeutsche —, —. Fest.

Liverpool, 14. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 B. Stetig. Tagesimport 10,000 B., davon 4000 B. amerikanische, 4000 B. ostindische.

Liverpool, 14. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 B., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Ruhig, stetig.

Middl. Orleans 8⅝, middl. amerikanische 8¼, fair Dhollerah 5 7/16, middl. fair Dhollerah 4⅞, good middl. Dhollerah 4½, middl. Dhollerah 4¼, fair Bengal 4⅜, fair Broach 5½, new fair Oomra 5¾, good fair Oomra 6⅜, fair Madras 5¾, fair Pernam 8⅝, fair Smyrna 6⅞, fair Egyptian 9¼.

Upland nicht unter good ordinary Decbr.-Januar-Verschiffung 8⅛, Januar-Februar-Verschiffung 8 3/16 D. Surats matt, kaum behauptet.

Antwerpen, 14. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Geschäftslos.

Antwerpen, 14. Jan. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco, pr. Januar und pr. Februar 30½ bez., 31 Br., pr. Mai 33 bez., 33½ Br., pr. September 36 Br. Behauptet.

Amsterdam, 14. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen geschäftslos, pr. März 388, pr. October 368. Roggen loco unverändert, per März 239½, per Mai 236½. Raps pr. April 370, pr. October 389 Fl. Rüböl loco 34¾, pr. Mai 35¾, pr. Herbst 38. — Wetter: Regnerisch.

Bremen, 14. Januar. Petroleum fest, Standard white loco 12 Mk. 50 Pf bez. und Käufer.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. In Vertretung: (Dr. Weis).
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.